

24.10.1927

Jahrgang VII Nr. 20

2. Oktoberheft 1927

# Der Heimatdienst

Mitteilungen der Reichszentrale für Heimatdienst, Berlin W 35



# Arnold Böcklin.

Von Robert Breuer.



(Nach dem Selbstbildnis)

peile geigt, während ein Engelbub durch Fenster schaut. Was ist es nun, was diesen Darstellungen seltsamer Vorgänge, ungewöhnlicher Ortliekeiten und Erscheinungen die Aufmerksamkeit, die Neigung, vielleicht sogar die Liebe weiter Volkskreise gewonnen hat? Irgend jemand hat einmal gesagt, daß er, wenn es ans Sterben gehen sollte, über seinem Bett Böcklins Toteninsel hängen haben wolle: das würde ihm die rechte Stille und zugleich den trostreichen Ausblick geben. Fenster in die Ewigkeit: das ist das Geheimnis dieses Landes, dessen Typen wie eine Mauer stehen, wie ein unüberholbarer, heiliger Schutzwall, hinter dem Ruhe und Frieden bereitet sind. Es kann kein Zweifel darüber bestehen, daß es solche Erregung der Seele, solches Fassen an die letzten und schwersten Fragen im Menschen, solche Verfinsternisching dessen, wovon der Mensch in bitteren und großen Stunden träumt, daß es etwas Fernöstliches ist, was Böcklins Bildern die Herzen gewonnen hat. Das gilt auch für die Heiterkeit, die Böcklin zu vergeben hat. Wenn auf dem „Gefilde der Seligen“ lustige Spiele von Wesen zu sehen sind, die aller Erdenschwere ledig zu sein scheinen, wenn die blaue Luft dort keine Sorge und keine Pflicht kennt, wenn auf diesem Bilde lächelnder Gleichmut und durchsichtige Klarheit musizieren, so empfindet der Betrachtende eine Jenseitigkeit, wohlätige Erlösung und eine willkommene Befreiung. Der Einwand, daß es der gleichen in Wirklichkeit nicht gibt, daß nirgendwo solche Toten-

insel wächst und in keinerlei Gefild der Angstschrei der Kreatur je verflammt sei, daß all diese Tritone und Wasseraffen, diese Panne und Naiaden, die Böcklins Bilder bevölkern, nur in der Vorstellung des Malers gelebt haben, solch Einwand ist bedeutungslos. Es kommt in der Kunst nicht darauf an, ob Forschung, Rechnung und Statistik bezogenen, daß alles wahr und exakt ist; es kommt nur auf die Wirkung an, nur auf das Echo, das in Menschenbrust geweckt wird, nur auf die Willensregung, die sich aufrichtet und entspannt.

Nun ist aber, wie wir wissen und wie sich nicht leugnen läßt, Böcklin keineswegs so siegreich geblieben, wie man es nach den Wirkungen, die von seinen Bildern ausgehen, vermuten möchte. Im Gegenteil, er ist beinahe in Vergessenheit geraten, und besonders die Kunstsleute, die Fachleute, die Kritiker haben ihn in Vergessenheit gebracht. Man hat geradezu behauptet, daß er überhaupt kein Meister sei, ja, daß er mit der großen Kunst, der Tizian, Rembrandt, Dürer und Liebermann angehören, nichts zu tun habe. Selbstjam war das Schicksal Böcklins. Als er zu malen anfing, stieß er auf Ablehnung, das Publikum ging an ihm vorüber, und nur wie durch einen Zufall fand er einem Magen, den Grafen Schad, dessen Aufträge ihm mühsam erwähren. Er hat dann später, durch die Jahre hindurch, Bild auf Bild hinausgeschickt, um immer wieder Hohn und Entrüstung zu finden. Er mußte ein Siebzigerjäger werden, um 1897 durch die bedeutende Ausstellung der Berliner Akademie überwältigenden Erfolg und rauschende Zustimmung zu gewinnen. Die Begeisterung, die damals ausbrach, war so verblüffend, daß ein alter Freund der Böcklinischen Malerei, der bekannte Leiter der Hamburger Kunsthalle, Richtwart, geradezu Angst bekam: was es wohl mit solchem Rauch auf sich habe. Er hat mit seiner Skepsis nicht ganz unrecht gehabt. Die Massen erwiesen sich als wetterwendlich. Es dauerte gar nicht lange, so erhob sich gegen Böcklin ein neuer Sturm der Anfeindung. Julius Meier-Graefe, ein hervorragender Kenner der Malergeschichte, schrieb ein Buch „Der Fall Böcklin“, mit dem er den farbigsten Poeten und

genau wie der Böcklinischen Malerei, der bekannte Leiter der Hamburger Kunsthalle, Richtwart, geradezu Angst bekam: was es wohl mit solchem Rauch auf sich habe. Er hat mit seiner Skepsis nicht ganz unrecht gehabt. Die Massen erwiesen sich als wetterwendlich. Es dauerte gar nicht lange, so erhob sich gegen Böcklin ein neuer Sturm der Anfeindung. Julius Meier-Graefe, ein hervorragender Kenner der Malergeschichte, schrieb ein Buch „Der Fall Böcklin“, mit dem er den farbigsten Poeten und



Arnold Böcklin

Skizze zum „Spiel des Meeren“

Mystiker aus der Gemeinde der Maler austieß. Falsch wäre es, diesen Meier-Graefe schlechthin für einen Tempelschänder und einseitigen Fanatiker zu halten. Man muß wissen, daß er es war, der das Ethnologische dazu beigetragen hat, die berühmte Jahrhundertausstellung zusammenzubringen, jene glorreiche Schau deutscher Malerei, die durch die Kunsgeschichte nicht nur um hervorragende Persönlichkeiten bereichert worden ist, von der an die deutsche Malerei überhaupt eine neue Weltgeltung bekam. Was mag es gewesen sein, was diesen Kunstmaler



Arnold Böcklin

Charon

freund so leidenschaftlich gegen Böcklin wüteten ließ? Er schrieb, daß das alles nur billige Bühneneffekte, Zirkus und Varieté sei, Umnebelung der Sinne, Opium, Sentimentalität, Verlogenheit. Das Klingt zwar sehr heftig, war aber noch nicht das Entscheidende. Die eigentliche Waffe Meier-Graebs, die er gegen Böcklin zückte, und die auch traf, verlehrte, ja belähe stete, das Beweis, daß Böcklin mit der Malerei des Impressionismus nicht das geringste zu tun hat. Da muß man sich nur darauf besinnen, was um die Wende des Jahrhunderts die Malweise, die Impressionismus genannt wird, zu bedeuten hatte und worin ihr Wesen besteht. Diese Maleret war wie eine Revolution über die Welt gekommen; sie hatte dennoch eine lange Geschichte hinter sich. Ihre Wurzeln liegen bei dem Holländer Frans Hals, bei dem Spanier Goya, bei den englischen Wirklichkeitssmalern, im magischer Aufschwung vollzog sich in den Werken der unsterblichen Franzosen von Courbet bis Corot, von Manet bis Monet, von Degas bis Cezanne. Es war jene Malerrei, die darauf bestand, sich von der Natur das Gesetz diktionieren zu lassen. Regen sollte nur bei Regen gemalt werden, Monet notierte die Wirkung der Sonne von Viertelstunde zu Viertelstunde. Die letzten Wunder der Atmosphäre, die Dramen der Luft und des Lichtes, waren die großen Themen dieser Maler. Ihre Bilder bekamen außerordentliche Geltung, und sie entsprachen in der Tat dem Bedürfnis der Zeit, tief in die Natur einzudringen und sich ihr mit Inbrunst hinzugeben. Auf diesen Bildern gab es keine Zauberei zu sehen, keine Pferdemenschen, keine Menschenvögel, und doch war in ihnen der Vulkan des Lebens, die Erfüllung aller Träume und Sehnsucht. Mit diesen Bildern, mit der Phalanx von Manet bis Liebermann hat Meier-Graebe den Deutschen-Römer Böcklin geschlagen. Es ist beinahe rücksig, zu sagen,

dah es für zwei Jahrzehnte als ein Mangel an Kunstverständnis und künstlerischer Kultur galt, Böcklin für schön oder auch nur für interessant zu halten. Wohl hingen seine Bilder in den Museen, wohl dämmerten sie melancholisch gelegentlich auch geliebt und empfunden in der Wohnung des Volkes; aber sie waren ausgeschaltet aus dem Streit der Meinungen und damit aus der Entwicklung der deutschen Malerei.

Wenn nicht alles täuscht, wird sich das Schätzal Böcklins abermals wenden. Schon seit einiger Zeit ist das Dogma des Impressionismus erschüttert; ohne seine Geschichtsbedeutung zu mindern, haben die Pioniere des ewigen Wandels erfahrt, daß noch andere Aufgaben von der Kunst gelöst werden müssen. Eine ganze Sturzflut von neuen Problemen ergoß sich über die bildenden Künstler Europas. Trotz jetzige man dem Impressionismus den Expressionismus entgegen. Mancherlei Verwirrung war in diesen Programmen. Gelegentlich versieg man sich dazu, die künstlerische Erfahrung in den Abstraktionen von Linien, Kurven und mathematischen Formeln zu erschöpfen. Hinter all solchem Hegensabath, solchem Taumel, aber auch hinter dem ersten Ringen der europäischen Maler, hinter ihren Experimenten und Abenteuern wirkt das Bedürfnis nach einer größeren Universalität als der von Blumen, Heuschrecken, Dorfhäusern und Großstadtstraßen. Es scheint sich durchgesetzt zu haben: daß eine gemalte Madonna eben doch ein höherer Wert ist als eine gemalte Mohrrübe. Wobei man freilich nicht vorgehen darf, wie Goethe im stillen Abschauen eines Blumenkelches Aeone des Geistes durchnah.

Jedenfalls: Böcklin kommt wieder. Den besten Beweis gibt die Ausstellung, die Just in der Berliner Nationalgalerie veranstaltet hat. Das ist nicht etwa nur eine Ehrenrettung, das ist eine Entthüllung, eine Wiederdeckung. Das ganze Schaffen Böcklins wird vorgeführt. Wir sehen, wie Italien sich in dem Träger deutscher Tradition auswirkt. Das erste große Erlebnis des jungen Böcklin geschah südlich der Alpen. Der Norden hat ihm nichts zu geben vermocht. Auch die Franzosen konnten ihn nicht beeindrucken, haben ihn jedenfalls nur soweit gefesselt, als in ihnen die Ordnung der klassisch gemilderten Antike ist. Der Puls des Blutes art und der lebende Atem kommt für Böcklin aus Italien; nicht etwa aus der Renaissance oder dem Barock, kaum aus Kunftsformen, sondern schlicht aus der italienischen Landschaft, aus der gewachsenen Monumentalität dieser einfaichen Räume, aus der milden Pathetik der Bewohner und aus der unendlichen Heiterkeit der Elfe.

Die deutsche Kunst ist ohne ihre Römer nicht zu denken: Feuerbach, Marées, Böcklin. Später Klinger; vor dem die Nazarener. Mag man sie scheuen, sie für verkappte Philosophe und Prediger erklären, sie sind ein Stück der deutschen Seele.



Arnold Böcklin

Stille zu „So lauft die Blut“

# Bilanz der Genfer Herbsttagung.

Die große Tagung, die hinter uns liegt, hat den Völkerbundrat bei seiner 46. Sitzung vier Wochen lang und die Völkerbundversammlung ähnlich ihrer 8. Zusammenkunft mehr als drei Wochen beschäftigt und dabei 22 Aufnahmen erzielt, die nur im September jeden Jahres nebeneinander tagen, während sich der Rat kontinuierlich jedes Vierteljahr versammelt, haben diesmal deutliche Sonderfragen von vitaler Bedeutung nicht zu bearbeiten gehabt, da solche Fragen wie Bevölkerungsverminderung und Rheinlandeumzug von den in den europäischen Hauptländern im nächsten Jahre stattfindenden Neuwahlen kaum noch zu lösen sein dürften. Dafür stand die allgemeine Frage der Sicherheit und Abrüstung, die seit der Londoner Damessitzung der Reparationsfrage die Beziehungen der Einzelmächte innerhalb und außerhalb des Völkerbundes bestimmt, im Hintergrund und bald auch im Mittelpunkt der Verhandlungen. Schon das Leitmotiv: Schiedsgerichtsbarkeit, Sicherheit und Abrüstung, mit dem der Präsident des Völkerbundrates in seiner großen Begegnungsrede der Völkerbundversammlung das im Vorjahr gelesene Arbeitspensum erläuterte, zeigte deutlich, in welcher Richtung die diesjährigen Völkerbundarbeiten laufen sollten. Damit erodiert sich aber sogleich der durch den englischen Widerspruch schon früher beschworene Schatten des Genfer Protokolls, der dann durch die Locarno-Verträge endgültig beseitigt zu sein scheint, wenn neuem. Ja, es gewann den Anschein, als ob die anwesenden Staatsmänner der Großmächte durch die besonders im Lager der kleineren Staaten befindlichen Anhänger dieses alten Weltkriegsvertrages zu einer erneuten Stellungnahme genötigt werden sollten.

Bei den gleich zu Beginn der Tagungen aufstehenden Verstrengungen zu einer vermeintlich besseren Lösung der Sicherheitsfrage ließen freilich verschleimende Tendenzen durchdringen, so daß von einem einheitlichen Programme der mit der gegenwärtigen Lage unzufriedenen Mächte nicht gesprochen werden kann. So verfolgten schon die Polen, die von Anfang an einen Vorstoß im Interesse der nach ihrer Ansicht durch den deutsch-polnischen Schiedsgerichtsvertrag von Locarno nicht genügend garantierten östlichen Sicherheit im Auge hatten, durchaus keine einheitliche Linie. Vielmehr schwankten sie zwischen Forderungen nach einem allgemeinen Nichtangriffspakt und Bemühungen um die Herbeiführung eines besonderen Ost-Locarno-Vertrages, bis sie sich auf den energetischen und prompt erfolgten Protest des englischen Außenministers mit der Formulierung einer allgemeinen Erklärung gegen den Krieg begnügten. Mit dieser Entwicklung konnten ihrerseits auch die Grossmächte durchaus zufrieden sein, da eine derartige Antifriedenserklärung, nachdem sie die französischen, englischen und deutschen Delegationen zur juristischen Überprüfung und Beratung vorgelegt worden war, bei den nun folgenden Besprechungen so formuliert werden konnte, daß sie für alle Beteiligten tragbar wurde.

Das Zustandekommen eines Ost-Locarno wurde auf diese Weise jedenfalls vermieden, und damit unterblieb auch die formelle Verzicht auf eine friedliche Änderung der deutsch-polnischen Grenze, die mit dem deutsch-polnischen Locarno-Schiedsgerichtsvertrag durchaus vereinbar bleibt, alle politischen Befürchtungen wegen kriegerischer Angriffe Deutschlands auf die östliche Sicherheit dagegen niemals rechtfertigen kann. Das Deutschland am 24. September der umgebaute Antifriedenserklärung zur einstimmigen Annahme mitverhalf, hatte auch darin seinen Grund, daß es seinen Vertragsgegnern jeden Vorwand für weitere Aufrechterhaltung der Rheinlandeinschaltung nehmen muß und keinerlei begründeten Anspruch auf Sicherheits- und Abrüstungsbedürfnisse gegen Deutschland liefern darf.

Parallel zu den politischen Befreiungen ging ein gänzlich unvorhersehbarer holländischer Vorstoß in der Sicherheitsfrage, der ursprünglich den ausgesprochenen Zweck der Wiederbelohnung des Genfer Protokolls verfolgte. Mit Hilfe der auf der letzten Genfer Tagung überhaupt sehr zügig gewordenen kleineren Mächte gelangte dieser Plan auch in die Kommissionserberatung, bei der er nach offizieller Abschmäckung des holländischen Delegierten als Material für die Genfer Schlußresolution und für die fünftige Abrüstungs- und Sicherheitspolitik des Völkerbundes Verwendung fand. Ich widerstreite wohl keine Völkerbundsmacht dem Grundsatzantrag des Genfer Protokolls, das bekanntlich den Krieg überaupt verbieten wollte und damit ein Ziel verfolgte, mit dem die jetzt beschlossene Antifriedenserklärung im Prinzip durchaus übereinstimmt. Wohl aber widerstreiten und widerstreben manche Großmächte aus Souveränitätsgründen, die durch Erinnung an einen Völkerbundskrieg gegen einen trostlos internationalen Derserment zum Kriege schreitenden „Angreiferstaat“ lächerlich werden, einem Bündnisystem, in das sie das Genfer Protokoll einzudringen wollten. Beonders England weigerte sich, derart unübersehbare Verpflichtungen zu übernehmen. Es meldete daher sogar unter der Regierung Macdonald auf der Herbsttagung 1924 seine Vorbehale gegen das Protokoll an, da dieses von dem bald darauf folgenden Kabinett Baldwin von den

selben Gründen zu Fall gebracht wurde. Begrüßlicherweise zieht der Engländer die Sicherheit des britischen Völkerbundes, dessen Dominions unmöglich für alle europäischen Differenzen und Konflikte eingesetzt werden können, der allgemeinen Sicherheit, wie sie der Genfer Völkerbund im Genfer Protokoll regeln wollte, noch immer vor.

Von der Annahme des Genfer Protokolls wurde seineszeit die Einleitung der allgemeinen Abrüstung abhängig gemacht, die den Verfehlungen im Versailler Vertrag feierlich zugestanden ist. Nach der Ablehnung des Protokolls ermöglicht Deutschland durch die Locarnopolitik die Erfüllung dieses lange fälligen Abrüstungsvertrages. Über erst durch das sogenannte Pfungstädtkompromiß der ersten Abrüstungskonferenz wurde die erwähnte Verpfropfung von Abrüstung und Sicherheitsfrage beseitigt, indem diese dem Völkerbundrat und jene den Abrüstungsausschüssen zur Weiterbearbeitung übertragen wurde. Dem allgemeinen Schutz nach Sicherheit, der nach Abschluß der Locarno-Verträge von den davon angeblich nicht voll befriedigten östlichen Tranten Frankreichs, wie besonders Polen, aber auch von den auf Rückland blickenden Randstaaten einschließlich Finnlands und jetzt aus allgemeinen Friedensverträgen auch von Holland erhoben wurde, hat der Völkerbund durch den jeweils Tagung mit der Einführung eines eigenen Sicherheitsausschusses bei der nächstjährigen Abrüstungskonferenz Rechnung getragen.

Gegenstand der Forderungen des Genfer Protokolls, das Sicherheit vor der Abrüstung regeln sollte, ist dieser Ausgang noch immer ein Fortschritt. Es sei denn, man beharrt auf dem Standpunkt, daß die Sicherheit durch die Locarno-Verträge gewohnt ist und jetzt durch die Abrüstung der anderen (im Sinne der Bernhorffschen Erklärung vom 14. September) garantiert werden müsse, nochdem die vollzogene Abrüstung der Besiegten weitere Sicherheitsforderungen unbedingt erscheinen läßt. Andererseits wird der neue Sicherheitsausschuß nicht mehr gegen Deutschland allein Sicherheitspolitik treiben können, sondern auch dem deutschen Sicherheitsbedürfnis dienen müssen, auf das Reichsminister Stresemann in seiner großen Abrüstungsrede vom 9. September zum ersten Male energisch hingewiesen hat. Nachdem Deutschland Mitglied des Völkerbundes ist und namentlich auf der gegenwärtigen Tagung an allen Arbeiten des Völkerbundes gleichmäßig aktiven Anteil genommen hat, hat es seinen Standpunkt jederzeit zur Geltung bringen können und z.B. bei Fragen, wie den Danziger Angelegenheiten, oder in Sachen der Abnahme des für Griechenland in Deutschland gebauten Kreuzschiffes „Salamis“ durch sein Veto zu verhindern versucht, daß – wie früher – einfach gegen Deutschland entschieden wurde.

Außerdem hat Deutschland als weiteres Goldenes seines aufrichtigen Friedenswillens und um dem noch immer nicht genügend befriedigten Südwestsiedlungsbedürfnis der Welt erneut entgegengekommen, eine Großmacht die sogenannte Satellitatsklause unterzeichnet. Es bot sich damit verpflichtet, im Zentrum bei allen Rechtsstreitigkeiten mit Staaten, die der Klausel ebenfalls beigetreten sind, den Schiedsgerichtspruch des Haager Schiedsgerichtes anzunehmen. Mit diesem Beitritt Deutschlands zur sogenannten Satellitatsklause der Satzung des Ständigen Internationalen Völkerbundgerichtshofes im Haag, die darum „Fasikulationsklause“ heißt, um sie den Beiträten zu öffnen, ist diejenige Schiedsgerichtsbarkeit des Haager Gerichtshofes in das freie Ernenne der Mächte gestellt, daß Deutschland auf der Genfer Tagung der Sicherheitsdebatte eine praktische Wendung gegeben, die hoffentlich mehr Nachahmer als nur Sobredaten findet, und auch Rumänien nach seiner Haltung gegenüber dem Haager Urteil zu seinem Optantentreit mit Ungarn als Vorbild dienen kommt!

Ereicht hat Deutschland bei den ganzen komplizierten Verhandlungen zur Frage, daß die Abrüstungskonferenz, die seit Cecil und Jowsons Flucht aus der Völkerbundbarkeit nach dem Scheitern der Genfer Seeabstimmungskonferenz im Sande zu verlaufen drohte, im November dieses Jahres planmäßig wieder zusammengetreten wird. Diese vierte Abrüstungs-Konferenz wird freilich belastet sein durch das neue Studienkomitee zur Sicherheitsfrage, das allerdings nur parallel zu den Abrüstungsverhandlungen zu arbeiten berechtigt ist und nicht Einfluß zu nehmen befugt ist auf die Debatten dieser neuen Konferenz zur großen Abrüstungskonferenz, deren Zusammentreffen somit wieder in den Bereich des Möglichen getreten ist. Ob das Studienkomitee dem Genfer Protokoll, für das sich auf der Herbsttagung bei den kleineren Mächten vorliegende Stimmung zeigte, zu neuem Leben verhelfen wird, oder ob sich die allgemein geabschaffte Genfer Resolution dieses Konglomerat französisch-polnisch-holländisch-normannisch-deutscher Auslegungskünste als wirksamster Ertrag erweisen wird, als der sie gedacht gewesen ist, bleibt abzuwarten.

Auch sonst hat sich die Bedeutung der kleinen Mächte für die künftige Völkerbundspolitik diesmal deutlich abgespielt. Ihre Mitbestimmung über die Geheim- und Sonderabreden der Großmächte, besonders der Locarnomächte, neben den Völkerbundarbeiten, machte sich schon an den vorjährigen Herbsttagung bemerkbar, u. a.

noch durch die Stellung Finnlands zu Artikel 16 der Völkerbundesfassung und der dabei von den kleinen Mächten Deutschland zugesetzten Sonderabhandlung (für den Fall des Ausbruchs eines Völkerkrieges gegen einen, wie treffend bemerkt wurde, wohl leicht definierbaren, aber schwer festzuzeichnenden „Angreiferkontakt“). Bei der jetzigen Tagung droht diese Missstimmung, deren Grundlosigkeit wegen der auch den kleinen Mächten erlaubten Gruppenbildung außerhalb der eigentlichen Völkerbundarbeit von Chamberlain überzeugend dargelegt wurde, offen aus. Diese Missstimmung setzt sich nicht nur bei den Erfolgswahlen zum Völkerbundrat für die drei frei gewordenen Sige hinsichtlich der Niederländerei Belgien, dessen Wiederwahl als gesichert galt, überschreitend durch. Sondern sie bestimmt auch die Debatte um die Sicherheits- und Friedensformel, deren Diskussion von den kleinen Mächten entgegen dem Wunsche mancher, z. B. der englischen Großmacht erzwungen wurde. Vom Standpunkt einer demokratischen Ausgestaltung des Völkerbundes, die die leichten Rechte der ursprünglichen Siegerpartei der Genfer Liga bestätigen müsste, ist diese Entwicklung nur zu begrüßen, obwohl diesem Mehrheitsfaktor auch insofern Gefahren innewohnen können, als er leicht einmal von einer Großmacht oder Interessengruppe für eigenmächtige Zwecke missbraucht werden

sollte. Auf der gegenwärtigen Tagung hat sich indes die Politik der kleinen Mächte, die vermutlich erst auf der nächsten Herbsttagung zu voller Entfaltung gelangen wird und erst dann ihre ab schließende Beurteilung finden kann, im allgemeinen als hellsam und nüchtern erwiesen.

Zu registrieren wäre noch, daß Deutschland mit der Ernennung des Geheimrats Rafti seinen Einzug in die koloniale Mandatskommission genommen hat, womit ihm die Gleichberechtigung bei der Beauftragung der Verwaltung der Kolonialmandate seitens ihrer Teilnehmer, und zunächst nicht mehr, zugestanden worden ist. Weiterhin die Debatten über die Ergebnisse der Weltwirtschaftskonferenz, deren Bedeutung für das Zukunftskommen des deutsch-französischen Handelsvertrages vom deutschen Reichsminister Stresemann, hervorgehoben wurde, sowie die Verhandlungen über die Bildung eines neuen Wirtschaftsraumes aus Durchführung der Beschlüsse dieser Konferenz. Weitere Kommissionsergebnisse auf allen Gebieten der Völkerbundarbeit, an denen sich die deutsche Delegation zum ersten Male so weitgehend beteiligte, daß sie nach allgemeiner Ansicht bereits die notwendige Vertrautheit mit dem Gang der Völkerbundsmaschinerie erworben hat, können kein allgemeineres Interesse beanspruchen.

## Was ist ein Konföderat?

Von Prof. Dr. Dr. W. Kähler Greifswald, Mitglied des Preuß. Landtags.

Durch weite Kreise des deutschen Volkes geht eine lebhafte Bewegung um das Konföderat. Während der katholische Teil es als selbstverständlichkeit ansieht, daß die Beziehungen oder ein Teil der Beziehungen zwischen der katholischen Kirche und dem Staat durch ein neu abzu schließendes Konföderat geregelt werden, ist in evangelischen Kreisen eine starke Gegenbewegung im Gang mit der Parole „Gegen jedes Konföderat“. Worum handelt es sich dabei? Was ist ein Konföderat?

Durch die geschichtliche Entwicklung sind eine große Zahl von Verbindungspunkten zwischen Staat und katholischer Kirche entstanden, die von der Eigenart der katholischen Kirche und der in den einzelnen Ländern außerordentlich verschiedenen Gestaltung des Staates ihre besondere Prägung erhalten. Die Grenzen der hederfestigen Wirklichkeit und Machtphänomene haben stark gewechselt und sind auch heut noch sehr verschieden. Wenn man bedenkt, daß bis in den Anfang des 19. Jahrhunderts geistliche Staaten in Deutschland bestanden, daß das gesamte Unterchristentum ursprünglich eine Sache der Kirche war, daß auch heute noch durch die Erteilung des Religionsunterrichts in den öffentlichen Schulen enge Verbindungen zwischen Staat und Kirche auf diesem Gebiet sich ergeben, so hat man einen Eindruck davon, daß auch bei einem grundlegenden Streben nach einer Trennung von Staat und Kirche tatsächlich vieles zu regeln ist, was an Lebenseinstellungen beide Teile gleichmäßig angeht.

Es ist nun sehr wohl möglich, daß die Regelung dieser Gebiete einseitig vom Staat vorgenommen wird. In der Regel wird dies geschehen, um den Einfluß der Kirche einzuschränken oder auszuschließen. In diesem Sinn ist das Trennungsgesetz von 1905 in Frankreich ergangen, wo ehemals schon in den achtziger Jahren die Trennung von Kirche und Schule durchgeführt war. Eine einseitige staatliche Regelung kann aber auch ohne Verlehung kirchlicher Belege vorgenommen werden, wie es — freilich nach vorangegangener Verständigung mit der katholischen Kirche — in Württemberg 1924 geschah. Nicht mehr als einseitige staatliche Regelung kann der Weg angesehen werden, welchen Preußen 1921 einschlug. Es fanden diplomatische Verhandlungen statt, deren Ergebnis wurde hiefürselbständig bekanntgegeben: durch die Kurie in der Bulle *De salute animarum* vom 16. Juli 1921 und durch Königliche Kabinettsorder vom 23. August 1921 in der Gesetzestagung, hier mit folgender Verleitung: „Da die Balle ... nach ihrem wesentlichen Inhalt mit jener Verabredung zusammenstimmt, die unter dem 25. März ... getroffen, auch von mir bereits ... genehmigt worden ist, so will ich auch dem wesentlichen Inhalt dieser Bulle ... meine königliche Billigung und Sanction erteilen, kraft deren diese Verfüllungen als bindendes Statut der katholischen Kirche des Staates von allen, die es angeht, zu beachten sind.“

Dieses Vorgehen ist von dem Abschluß eines Konföderats nur noch in der Form unterschieden, und die Amtstid wird oft verstreifen, daß der Unterschied in der Form an der Sache nichts ändert. Anderseits findet man aber auch die Ansicht, daß gerade die besonders feierliche Form des Vertragsabschlusses das Wesentliche am Konföderat sei. Seit 1948 versteht man unter Konföderat eine Vereinbarung der katholischen Kirche mit einem Staat über die Verhältnisse der in diesem Staat lebenden Katholiken.

Welche rechtliche Bedeutung ein solcher Vertragsabschluß hat, darüber ist in der Theorie viel Streit, während in der Praxis sich

die Dinge tatsächlich sehr viel einfacher gestalten. Auch die von der Kurie vertretenen Grundsätze sind in der Handhabung der Konföderate vielleicht nicht von ihr innengehalten worden. Aber diese theoretischen Meinungsverschiedenheiten spielen in der heutigen Erörterung eine solche Rolle, daß sie hier kurz angeführt werden müssen. Im einleitenden ist die Vertragstheorie. Nach ihr ist das Konföderat ein völkerrechtlicher oder öffentlich-rechtlicher Vertrag, weil die Kurie einen Staat gleichartige Stellung im Völkerrecht einnimmt. Völkerrechtliche Verträge sind für die Bürger eines Staates nur verbindlich, wenn sie durch den Staat ordnungsmäßig verkündet werden, aber können sie also für die katholischen Bürger des Staates nicht Rechtskraft erlangen. Demogenerell wird die Legaltheorie vertreten, welche die staatliche Souveränität in den Vordergrund stellt. Vom Standpunkt katholischer Dogmatik wird dagegen die Privilegitheittheorie vertheidigt, welche dem Papst die unbedingte Gesetzgebungsmacht über die kirchlichen Angelegenheiten der Glieder der katholischen Kirche in allen Staaten zugesetzt und daher das Konföderat als ein Privileg bezeichnet, das der Papst aus freiem Entschluß feststellt. Wer einer der beiden letztgenannten Standpunkte annimmt, leugnet also den rechtlich verbindlichen Charakter des Konföderats für Staat oder Kirche und spricht ihm nur eine moralische Verbindlichkeit zu.

Tatsächlich sind in den letzten hundert Jahren sehr viele Konföderate abgeschlossen, aber auch von beiden Seiten aufgegeben worden. Vor dem Weltkrieg z. B. 1801 mit Frankreich, 1821 mit Preußen, 1824 mit Hannover, 1855 mit Österreich, 1857 mit Württemberg, 1859 mit Baden, außerdem mit einer Reihe anderer europäischer Staaten. Österreich hat das Konföderat 1871 von sich aus aufgegeben, Frankreich das von 1901 im Jahre 1905. Nach dem Weltkrieg hat Papst Benedict XV. 1921 erklärt, daß die durch den Krieg hervergerufenen künstlichen Grenzveränderungen und Verfassungsänderungen die betreffenden Konföderate hinfällig gemacht hätten. Zugleich gilt z. B. das französische Konföderat in Elsass-Lothringen weiter.

Im Deutschen Reich hat die Weimarer Verfassung zwei Gebiete grundlegend verändert, welche für eine Regelung durch Konföderat in Betracht kommen können. Einmal ist das Verhältnis von Staat und Kirche neu geregelt worden. Zwar ist die Trennung von Staat und Kirche nicht in vollem Umfang angeordnet oder vorgenommen. Wohl aber sind die Staatshöheitsrechte weitgehend aufgegeben. Die Kirchen haben das Recht zur selbständigen Ordnung und Verwaltung ihrer Angelegenheiten innerhalb der Schranken des für alle geltenden Gesetzes, sie verleihen Ämter ohne Mitwirkung des Staates oder der bürgerlichen Gemeinden. Die finanziellen Verpflichtungen des Staates bleiben aber bestehen bis zu ihrer grundsätzlich vom Reich zu ordnenden Ablösung. — Ferner sind im Schulwesen grundlegende Neuordnungen vorgenommen. Die christliche Schule ist nicht mehr die Regel, sondern neben ihr stehen die Sammel-(Gemeinschafts-)schulen und die weltlichen Schulen. Für die christlichen und die Sammelschulen bleibt der Religionsunterricht ordentliches Lehrfach. Er ist unbedingt des Aufsichtsrechts des Staates in Übereinstimmung mit den Grundsätzen der Kirche zu unterstellen.

Die Möglichkeiten für eine Vereinbarung zwischen dem Staat und der katholischen Kirche, die in dieser durch die Weimarer Verfassung erfolgten Neuregelung gegeben sind, bestehen sich also einmal auf die Einstimmung gewisser Staatshöheitsrechte bei der Amtser-

befestigung, ferner auf die finanziellen Regelungen und endlich auf den Religionsunterricht. Von diesen Fragen waren früher im Wege der Vereinbarung geregelt worden die beiden ersten; so daß es nötig ist, sie auch jetzt auf gleichem Wege zu ordnen. Bezeichnend des Religionsunterrichts ist dies durch die in der Weimarer Verfassung vollzogene grundsätzliche Entchristianisierung des Staates nahegelegt. Da die Religionsfreiheit aber nur Grundsatz ausspielt, drängt diese grundsätzliche Festlegung zur Ausführung in den Ländern. Bei der Eigenart der zu regelnden Verhältnisse kann dies ohne Einverständnis der Kirche nicht geschehen, wenn eine auf die Dauer beide Teile befriedigende Regelung erreicht werden soll, und so gehen die Dinge nach der Eigenart der katholischen Kirche zwangsläufig auf ein Konföderat hin.

Aus den seit dem Weltkrieg abgeschlossenen Konföderaten läßt sich ein Bild gewinnen von dem, was die katholische Kirche heute in einem solchen Staat zu sichern wünscht und was sie dem Staat einzuräumen bereit ist. Freiheit wird man dabei immer beachten müssen, daß die Staaten sehr verschiedene Verhältnisse, verglichen untereinander und mit Deutschland, aufweisen, und daß die Stellung der katholischen Kirche in diesen Ländern eine sehr verschiedene ist. So ist in Polen verhältnismäßig der katholischen Kirche die „Hauptstellung“ unter den Bekennenschriften eingeräumt; in Lettland dagegen stehen sich 360 evangelische und 100 katholische Gemeinden gegenüber. Von den deutschen Ländern aber hat Preußen v. H. Evangelische, Bayern dagegen 71 v. H. Katholiken.

Die Kurie hat mit Lettland 1922 und mit Polen 1925 Konföderate abgeschlossen. Äußerlich unterscheiden sich beide wesentlich dadurch, daß das lettische Konföderat in einfacher Form abgesetzt und zunächst nur auf drei Jahre gültig ist, aber stillschweigend weiterlaufen kann, während das polnische Konföderat die feierliche Form zeigt. Beide Konföderate stimmen in vielen Punkten überein: die katholische Kirche erhält völlige Freiheit der Religionsausübung und die Rechte der Korporation. Die Kirche darf starren Einfuß auf die Schule, in Lettland erhält sie das Recht, konfessionelle Schulen zu unterhalten. Die staatliche Rechtspflege nimmt Rücksicht auf die Personen geistlichen Standes, selbst beim Strafprozeß. Im lettischen Konföderat wird eine uralt evangelische Kirche dem neu geschaffenen Episkopat überwiesen. Diese Konfessionen des Staates stehen folglich der Kirche gegenüber: Episkopat und Bischofe müssen die entsprechende Staatsangehörigkeit besitzen, vor ihrer Ernennung kann die Regierung Einwendungen politischen Charakters erheben; sie haben einen ständlichen Treuhand zu leisten. In Polen dürfen nur Polen Pfarrer werden, die ihre theologische Ausbildung in polnischen oder päpstlichen Instituten erhalten haben; Personen, deren Tätigkeit der Sicherheit des Staates widerspricht, sind vom Pfarramt ausgeschlossen. Die Kirchenbezirke werden nach nationalen Gesichts-

punkten abgegrenzt. Alles in allem wird national-politischen Verstreitungen eine große Verhinderung gutstellen.

Für die deutschen Verhältnisse ist einerseits der Inhalt der preußischen Vereinbarung von 1921, andererseits das bayrische Konföderat von 1924 von besonderer Bedeutung.

Für Preußen wurden 1921 geregelt die Errichtung, die Dotierung und Belebung der Erzbistümer, Bischofssäle, Domkapitel und Seminare. Der Staat übernahm die Zahlung von Mitteln, welche deren Bedürfnisse völlig decken. Die Bewerber um Bischofsstühle mügten die Staatsangehörigkeit besitzen. Aus der vom Domkapitel überreichten Liste konnte der König die ihm nicht genehmen Kandidaten streichen. Die Bischofe leisteten einen Treu- und Geboramschein gegen den König und einen Eid auf das Staatsgeheim. Dagegen sollte an den katholisch-theologischen Fakultäten niemand angestellt werden ohne Auffrage beim Bischof, der wegen erheblicher, die Lehre oder den Lebenswandel betreffender Bedenken die Anstellung ablehnen konnte.

Das bayrische Konföderat enthält sehr viel ausführlichere und weitreichende Bestimmungen. Geregelt wird die verfassungsmäßige Stellung der katholischen Kirche. Sie hat das Recht, im Rahmen ihrer Zuständigkeit für ihre Mitglieder bindende Gesetze und Anordnungen zu treffen. Die Orden und Kongregationen geniegen völlige Freiheit. Der Bischof hat gegenüber Professoren der „kathol.“ Theologie ein Einführung- und Aufsichtsrecht; bei Beantwoortung ihrer Lehre muß der Staat für Erfolg sorgen. Auch auf Professuren der Philosophie und Geschichte in München und Würzburg hat die Kirche Einfuß. Sehr eingehend wird die Einführungnahme der Kirche auf das Unterrichtswesen geregelt. Die Schule an den katholischen Volksschulen bedürfen der missio canonica. Geregelt wird der Religionsunterricht an den höheren Schulen, die Bekenningschule, die Lehrerschule an diesen Schulen, die Beaufsichtigung und Leitung des Religionsunterrichts durch die Kirche. Der Bischof hat ein Beamtdungsrecht bei Mängeln im religiösen Unterricht des Schülers und bei ihrer nachteiligen oder ungebührlichen Beeinflussung in der Schule. Die finanziellen Verpflichtungen des Staates werden festgestellt und gesichert. Die Ausdehnung der Bistümer wird umfassend. Kirchenämter dürfen nur an deutsche Staatsangehörige verliehen werden, die die Reise einer deutschen höheren Sekundarschule bestanden haben und an einer deutschen oder päpstlichen Hochschule studiert haben. Bei der Ernennung des Bischofs hat der Papst völlige Freiheit, nur wird er sich vor der Veröffentlichung der Ernennung bei der Regierung versichern, daß gegen den Kandidaten Erinnerungen politischer Art nicht obwalten.

Bemerkenswert ist, daß gleichzeitig mit dem Konföderat analoge Verträge mit den evangelischen Kirchen Bayerns abgeschlossen und durch Landesgesetz gleichzeitig mit dem Konföderat bekanntgegeben sind.

## Die Viehhaltung in der deutschen Landwirtschaft.

Von Dr. Ernst Sach.

### I. Landwirtschaftlicher Viehbestand allgemein

Die Tierhaltung bildet einen wesentlichen Bestandteil unserer Landwirtschaft. Von den landwirtschaftlichen Betriebszählungen am 16. Juni 1925 wurden in den Wirtschaften, die eine landwirtschaftlich benachte Fläche — d. h. Acker-, Gartenland, Weinberg, Wiesen und gute Weiden — innehatten, in deutschem Reichsbereich ohne Saar- gebiet festgestellt:

5 118 859 Pferde	= 23 v. H. mehr als 1907
17 564 342 Stiere	= 0,7 " weniger "
6 032 231 Schafe	= 24 " weniger "
12 974 706 Schweine	= 21 " weniger "
3 553 399 Ziegen	= 7,5 " mehr "
56 891 457 Kühe	= 4,7 " weniger "
8 659 922 Gänse	= 18 " mehr "
3 019 049 Enten	= 16 " weniger "

Es liegt zunächst nahe, diese Zahlen über die Größe des landwirtschaftlichen Viehbestandes mit den Ergebnissen der allgemeinen jährlichen Viehzählung vom 1. Dezember zu vergleichen, um so zahlenmäßig genau festzustellen, wieviel Nutztiere auch außerhalb der Landwirtschaft gehalten werden. Ein solcher Vergleich muß jedoch unterbleiben, weil die landwirtschaftliche Betriebszählung ihren Stichtag im Sommer, in der Zeit der günstigsten Aufzucht, hatte, die Viehzählung dagegen im Winter, zur Zeit der häufigsten Schlachtungen, stattfindet. Der Großviehbestand ist allerdings von jahreszeitlichen Schwankungen wenig beeinflußt. Wenn deshalb die Viehzählung von

1925 11 v. H. Pferde mehr nachzuweisen als die Betriebszählung, so kann man wohl annehmen, daß dieser Überstand von rd. 100 000 Pferden die Größe des Pferdebestandes, der außerhalb der Landwirtschaft in Stadt und Land gehalten wird, darstellt. Die in den beiden verschiedenen Erhebungen nahezu übereinstimmenden Angaben über den Rindviehbestand bringen zum Ausdruck, daß Rindvieh fast ausschließlich nur in der Landwirtschaft vor kommt. Beim Kleinvieh spielen die jahreszeitlichen Bestandschwankungen schon eine derartige Rolle, daß z. B. bei Schweinen aus den Ergebnissen beider Zählungen nicht zu erkennen ist, wieviel Stück auf nichtlandwirtschaftliche Haushaltungen und gewerbliche Schweinemätern entfallen.

Es ist bereits oben hinter der note der landwirtschaftlichen Betriebszählung 1925 festgestellten Städtezahl jeder Viehgattung angegeben, welche prozentualen Veränderungen gegenüber der vorliegenden landwirtschaftlichen Betriebszählung vom 12. Juni 1907 eingetreten sind. Hier nach datiert der landwirtschaftliche Pferdebestand im heutigen Reichsgebiet nahezu um den vierten Teil vergrößert. Es ist wohl kein Schätzfehler, wenn man annimmt, daß die Pferdeanzahl der Landwirtschaft infolge des Krieges bereits mit der Auflösung des alten Heeres, das beträchtliche Pferdebestände abgesegnet hatte, zum mindesten ausgesiegelt worden sind. Wenn heute der Landwirtschaft weit mehr Pferde als vor dem Kriege zur Verfügung stehen, so erklärt sich dieser Umstand aus der Tatsache, daß die Zahl der Arbeitsmaschinen in der Landwirtschaft, wie z. B. Sä-, Häf- und Mähmaschinen, eine gewaltige Zunahme erfahren hat, ohne daß aber eine entsprechend gestiegene Anwendung von motorischer Zugkraft mittels Kratzschiepper, Kraftwagen u. dgl. eingetreten ist. Demnach mußte notwendigerweise für den Betrieb einzelner Maschinen vermehrte tierische Kraft herangezogen werden. Der gegenüber 1907 unverändert gleichgroße Rindviehbestand entspricht dem heutigen Konsum an Rindfleisch, der, nach seinem Absinken während der Zwangswirtschaft, sich den Verhältnissen der Vorriegszeit mehr und

<sup>9</sup> Vgl. Reichsgerichtsblatt über die landwirtschaftliche Viehzählung in dem vom Reichsgerichtsamt erstmalig veröffentlichten Bericht über Wirtschaft und Statistik, 7. Jahrgang, 1927, Nr. 17, S. 72 ff. Herausgegeben von Helmuth Dobring, Berlin S. 61, Großheringerstraße 17.

<sup>10</sup> Die Viehzählung über Ziegen und Schafe ist in dem Bericht über Wirtschaft und Statistik, 7. Jahrgang, 1927, Nr. 9, S. 384 ff. veröffentlicht und auch in der von der Reichs-

gerichtsblatt für Heimatdienst herausgegebenen Nachlinie Nr. 150, Juli 1927, S. 7 ff. behandelt.

## Dichte des Viehbestandes 1925

Auf 100 ha Fläche kommen in Betrieben mit  
unter 5 ha 5-100 ha über 100 ha  
(Kleinbetrieb) (Mittelbetrieb) (Großbetrieb)



mehr angelebt. Wie der Verbrauch an Schweinefleisch im Jahre 1925 noch hinter dem Vorkriegsverbrauch zurücksteht, so bleibt auch der landwirtschaftliche Schweinebestand um über ein Fünftel hinter denjenigen vom Jahre 1907 zurück. Der von Söhlung zu Söhlung feststellbare Rückgang im Schafbestand erklärt sich hauptsächlich aus dem zunehmenden Verbrauch ausländischer Wolle und Baumwolle. Die Vermehrung der Ziegen um nahezu eine Viertelmillion legt Zeugnis ab für die Beliebtheit dieser Viehgattung in den Zwerg- und Parzellenbetrieben, die zudem heute zahlreicher sind als vor dem Kriege. Der Umsatz der landwirtschaftlichen Geflügelzucht hat sich hinsichtlich der Hühner vor allem der Enten vermindert, bei Gänse jedoch beträchtlich erhöht.

### II. Viehbestand im Klein-, Mittel- und Großbetrieb.

Von der Viehhaltung schließen sich nur sehr wenig landwirtschaftliche Betriebe aus. Abgesehen von den kleinen Wirtschaften mit weniger als 50 a landwirtschaftlich benutzter Fläche, haben 97,3 v. H. sämtlicher von der Söhlung erfassten Landwirtschaftsbetriebe mindestens 1000 Stütze Nutzvieh angegeben. Die viockten Wirtschaften sind von Söhlung zu Söhlung letzter geworden.

Die Viehhaltung im einzelnen Betrieb ist je nach der Viehhaltung und je nach dem Betriebsumfang verschieden. Vom Hundert sämtlicher Betriebe in jeder Größenklasse nach der landwirtschaftlich benutzten Fläche hielten:

Größenklasse	Pferde	Rindvieh	Schweine
unter 0,5 ha	0,4	6,8	36,9
0,5 bis 2 "	4,1	47,9	65,3
2 " 5 "	22,7	95,0	78,6
5 " 20 "	70,6	98,9	91,4
20 " 50 "	98,2	99,2	96,5
50 " 100 "	98,4	98,5	95,5
100 " 200 "	97,9	97,8	90,5
200 " und mehr	98,4	98,5	91,2

Die Mittel- (5 bis 100 ha) und Großbetriebe (über 100 ha) haben fast immer Großvieh und Schweine. In Kleinenbetrieben (unter 5 ha) ist das Pferd meistens nicht vorhanden, schon weit mehr aber das Rindvieh und vor allem das Schweißn. Die kleinen Betriebe, die sogenannten Zwergbetriebe, die nur 50 a landwirtschaftlich benutzte Fläche haben, können naturnäher für die Großviehhaltung

kommen in Betracht kommen. Sie sind jedoch an der Schweinehaltung mit 37 v. H. ihrer Gesamtzahl schon bedeutend beteiligt. Schafe halten 10 v. H. sämtlicher Landwirtschaftsbetriebe, und zwar vornehmlich die Mittel- und Großbetriebe. Dagegen sind in den Kleinenbetrieben sehr oft Ziegen vorhanden, während im Mittel- und Großbetrieb Ziegenhaltung selten ist. Mit der Hühnerzucht befähigt sich die Mehrzahl der Landwirte, weniger dagegen mit der Geflügelhaltung, der sich erst bei einem Betriebsumfang von über 20 ha der größere Teil der Betriebe zuwendet.

Die Größe des Viehstandes ist in den einzelnen Betriebsgrößen folgende:

Größenklasse	Pferde 1000 St.	Rindvieh 1000 St.	Schweine 1000 St.
unter 2 ha	65	1 126	2 881
2 bis 5 "	265	2 849	2 027
5 " 20 "	1 469	7 512	4 660
20 " 50 "	857	5 405	2 044
50 " 100 "	264	930	492
100 " 200 "	165	537	260
200 " und mehr	437	1 207	611

Die Betriebe von 5 bis 20 ha, die sogenannten mittelbäuerlichen Betriebe, die das Schwergewicht der Landwirtschaft hinsichtlich ihres Anteils an der landwirtschaftlich benutzten Fläche (56 v. H.) ausmachen, gehen auch hier mit der Größe ihrer Viehbestände an erster Stelle.

Schafe, Ziegen und Hühner sind auf die Größenklassen wie folgt verteilt:

Größenklasse	Schafe 1000 St.	Ziegen 1000 St.	Hühner 1000 St.
unter 2 ha	450	2 789	19 184
2 bis 5 "	308	562	10 052
5 " 20 "	1 158	354	18 262
20 " 100 "	1 316	61	7 772
100 " und mehr	2 821	7	1 625

Die gegenständliche Verteilung von Schafen und Ziegen kommt hier deutlich zum Ausdruck. Mit der größten Hühnerzahl treten die unteren Größenklassen hervor.

Um die Bedeutung der einzelnen Betriebsgrößen hinsichtlich der Tierhaltung hervorzuheben, hat man des öfteren die Dichte des Viehstandes an der Größe der Betriebsfläche gemessen. Wenn dies hier der Vollständigkeit halber auch geschieht, so muß doch auf die Mängel

## Viehbestand der Landwirtschaften mit mindestens 50 Ar im jetzigen Reichsgebiet 1907 u. 1925

1907	2858897
1925	3 518 772
1907	12 478 273
1925	17 363 514
1907	16 355 101
1925	12 970 277
1907	58 906 383
1925	56 798 594

dieser Miflung kurz außerklam gemacht werden. Die Größe der landwirtschaftlich benutzten Fläche, die zwar die wichtigsten Güterflächen mitenthalten, ist nicht allein für die Größe des Viehstandes ausschlaggebend. In Wirtschaften mit kleiner Betriebsfläche muß häufiger zur Erhaltung des vorhandenen Viehstandes hinzugezahlt werden, so daß eine auf eigenen Produkten aufgebauten Haltung nicht mehr vorliegt. Demgegenüber widmen sich die größeren Landwirte in erster Linie dem Ackerbau, da mit zunehmender Größe des Viehstandes, insbesondere des Klaueviehbestandes, das Risiko hinsichtlich Seuchengefahr, Preisfallze u. a. m. wächst, so daß den großen Betrieben naturnotwendig eine obere Grenze in der Ausdehnung des Viehbestandes geheftet ist. Unter diesen Gesichtspunkten sind folgende Zahlen zu betrachten (siehe Tabelle rechts):

Der Pferdebestand in den Mittelbetrieben am dichtesten, der Rindviehbestand in den Kleinbauern-Betrieben (2 bis 5 ha), während der Bestand an Schweinen und Kühen seine größte Dichte in den kleinen Betrieben erreicht.

Auf die in den landwirtschaftlichen Betriebsstatistik 1925 erstmals erscheinenden Altersabreihungen bei Pferden, Rindvieh und Schweinen, ferner auf die Angaben über Fohlengeburten und Tüchtjässen kann hier nicht näher eingegangen werden. Aus den neuen Nachweisen sei nur hervorgehoben, daß rund 9 Millionen Milchkühe — das sind 51 v. H. des gesamten Rindviehbestandes — in der Landwirtschaft vorhanden sind, und zwar rund 3 Millionen in den Kleinbetrieben, 5 Millionen in den Mittelbetrieben und schließlich der Rest von rund 1 Million Milchkühe in den Großbetrieben. In

den unteren Betriebsgrößen werden häufig die Kühe zur Arbeit herangezogen, während in den größeren Betrieben mit über 20 ha aus dem Rindviehbestand hauptsächlich nur Ochsen als Spannwieh verwendet werden. Von sämtlichen Kühen und Fären (9 Millionen) werden 2,2 Millionen Stiere, rund 23 v. H., vor den Wagen gespannt. Von insgesamt 970 000 Ochsen und Bullen sind 544 000 Ochsen oder 56 v. H. Arbeitsstiere.

Auf 100 ha landwirtschaftlich benutzte Fläche in jeder Größenklasse kommen:

Größenklasse	Pferde	Rindvieh	Schweine	Hühner	
	(Stückzahl nach 100 ha landwirtsch. ben. Fläche)				
unter 0,5 ha	2,1	41	544	2 607	
0,5 bis 2 "	4,7	80	132	779	
2 "	9,0	97	69	344	
5 "	20 "	16,0	80	51	199
20 "	50 "	16,9	67	40	125
50 "	100 "	15,6	55	29	85
100 "	200 "	15,1	43	21	52
200 ha und mehr	11,2	51	16	25	
Zusammen:	15,7	68	51	222	

## Ein neues Hauptwerk Friedrich Liss's.

Von Professor Friedrich Lenz



sein Abgeordnetenmandat und seine Freiheit kostete. So war auch er ein Opfer unserer kleinstaatlichen Zerstreuung geworden. Als Konsul der Vereinigten Staaten nach erfolgreicher Auslandsfähigkeit zurückgekehrt, fand Liss nirgends daherkommen den Rückhalt, den seine Pläne einer deutschen Handelsvereinheit und eines nationalen Verkehrssystems forderten. Gerne benützte man seine technischen und kaufmännischen Erfahrungen in Deutschland, Belgien und Frankreich, ohne daß sie Amt und Anerkennung für ihn fanden. Den Angriffen aus den Kreisen seiner alademischen Fachgenossen entzogen, rüttete er schließlich die Waffe gegen sich selbst. An der deutsch-österreichischen Grenze nahe Kufstein — jener Grenze, die er mit seinen großdeutschen Gedanken hatte niederlegen wollen — fand er sein Grab.

Ein derart deutsches Schicksal, das am Heinrich von Kleist's Gestiftet gemahnt, fand dieser aufrechte und heldenhafte Mann, dessen schwer unverdorbar Lebensenergie nicht nur in den über zweihundert Schriften seines wissenschaftlichen Lebenswerks erscheint. War er doch der Anreger des deutschen Verkehrsvereins, dem die Stadt Leipzig demächtig, als vom Schöpfer der Leipzig-Dresdner Eisenbahn, ein Deutental weinen wußt, ein Wegbereiter des preußisch-deutschen Zollvereins; als glänzender Journalist, der fast ein Duhend Zeitschriften und Zeitungen geleitet hat, in er zugleich die Begründer und erste Syndikus der ältesten wirtschaftlichen Interessenvertretung in Deutschland geworden, des Handels- und Gewerbevereins von 1819. Als Vorkämpfer großdeutscher Gedanken und als Pionier des Auslandsdeutschums war Liss bis in seine letzten Lebensstage unermüdbar tätig für eine deutliche Handels- und Kriegsliste, für eine

gemeinsame Flagge, Post und Statistik, für Kolonien und für eine einheitliche Leitung unserer Auswanderung. Sein Ideal, das er der reichsständischen Vergangenheit seiner Vaterstadt Reutlingen entnahm, blieb ein großdeutsches Reich mit liberalen Einrichtungen, in seinen Gemeinden und Gliedern corporativ verfaßt, mit allen Organen einer mehrheitlichen Zentralgewalt.

Auf dieser dreifachen Grundlage der Familie, der Gemeinde und des Staates, erhebt sich die Nationalwirtschaft. Denn Liss gliedert die kosmopolitische oder Sozialwirtschaft, wie sie der Schotte Adam Smith gelehrt hatte, dem national gezeigte und geschildert worden war, als Völkerkörper ein. So unterscheidet sein nationales System der politischen Ökonomie sich grundätzlich von allen rein weltwirtschaftlichen Märkten und Handelslehrern, wie sie noch heute in den Manifesten internationales Handelskommers und Freihandelskongresse herrschen. Wichtig sind ihm vor allem die großen Nationen, an deren Spiege im 19. Jahrhundert England stand und deren er sein Deutschland einzugliedern trachtet. In einer gleichmäßigen Entwicklung von Landwirtschaft und Industrie bewährt sich die nationale Produktivkraft, deren Hauptgebiet milbt ein kräftiger Binnenmarkt ist. Ihr dienen die Erzeugungszölle und alle sonstigen Maßnahmen der Handelspolitik, unter denen Liss schon 100 Jahren als Echtes einen Weltwirtschaftskongress nennt. Im Kreis solcher gleichberechtigten und gleichgearteten Großmächte spielt sich die internationale Wirtschaft ab, deren Grundfest ist der politisch-wirtschaftlichen Selbständigkeit ihrer Teilhaber un trennbar bleibt. Indem Liss darzt die Nationen als selbständige Persönlichkeiten erfaßt, erscheint er uns selber als eine nationale Persönlichkeit von internationalem Ausmaß, als eine führende Gestalt in Deutschlands Staat und Wirtschaft.

Wie sollte jolden Gedanken, für die unsere Gegenwart kaum ist, in ein tragisches Geschick erspart geblieben sein? Liss's Name ist im In- und Ausland den meisten oberflächlich bekannt. Von seinen Schriften aber daß einzige das „National System“ von 1841 mehrere Neuauflagen erlebt, seitdem das Reich unter Bismarck 1871 vom Freihandel zum Schutzzoll überging. Wie denn Liss's Pläne für Deutschlands Macht und Einheit, auf dem Grunde des deutschen Zollvereins, erst im gezeigten Reichs-Gesetz gewonnen haben. Da will es ein alltägliches Geschäft, daß der fürstlich gegründeten „Friedrich-Liss-Gesellschaft e. V.“ ein wertvoller Fund gelungen ist, der unsere Kenntnis des Liss'schen Lebenswerks vertieft und dessen überausgehende Fortentwicklung im In- und Ausland Aufsehen erregen dürfte. Liss hatte im Jahre 1837 eine Preisträger der Pariser „Academie der moralischen und politischen Wissenschaften“antwortet, die den Übergang vom Schutzzoll zum Freihandel und seine Wirkungen auf die Gesamtstruktur der Volkswirtschaft betraf. Zwar hatte Liss für seine Arbeit, die er in der unglaublich kurzen Zeit von rund sechs Wochen fertigstellte, eine lobende Erwähnung seitens der Academie erhalten; da der Preis jedoch überhaupt nicht verteilt wurde, so blieb die 180 Seiten starke handschriftliche in den Akten der Pariser Academie vergessen und wurde erst vor Kurzem ans Tageslicht gezaugen.

Es ist unmöglich, den reichen Inhalt dieses zweiten Hauptwerks unseres großen Volkswirts in wenigen Worten auszuführen. So-

viel ist gesagt, daß es an systematischer Geschlossenheit Eß's „Nationales System“ erheblich übertrifft und alle Neugedanken seines Schöpfers anschaulich und überzeugend darlegt. Es fehlen jene Bezugnahmen aus Deutschlands handelspolitischen Zeitgängen, die seinem „Nationalen System“ einen agitatorischen und zielbedingten Einfluss gaben. Indem er alle geschichtlichen Erklärungen dem Grundgedanken seines Systems unterordnet, die gewissermaßen aufgeblichbaren, aber entzündungsfähigen Völker des gemäßigten Zonen auf die Stütze der wirtschaftlichen „Suprematismus“ England zu haben, hat Eß hier ein Werk geschaffen, das allen gewißlich aufstrebenden Völkern beider gemäßigten Zonen noch sehr richtungweisend werden kann. Eben seit dem Weltkrieg ist ja der Wunsch, durch Entfaltung eigener Industrien sich von den Marktmakronopolen älterer Auslandsherrscher unabhängig zu machen und die nationale Selbstgenügsamkeit der Binnenmärkte zu stärken, zum Kennzeichen der Wirtschaftspolitik geworden. So suchen alle kleineren Volkswirtschaften, von den „Nachfolgestaaten“ Habsburgs und Russlands bis zur Irland, Irland und Latein-Amerika hin, aus der Katastrophen des Wirtschaftskrieges und der Blockade eine Lehre zu ziehen, wie sie Eß und der Zollverein aus dem Erlebnis der napoleonischen

„Kontinentalperre“ einfaßt gewonnen. Über auch jene Kolonialländer und Einflusssgebiete, die zu Eß's Zeiten in Asien und Amerika noch die unbedeutendste Domäne Europas waren, sind seither zum Bewußtsein ihrer Unabhängigkeit erwacht und versuchen, in Mexiko so gut wie in Indien oder China, eigene Industrien zu entfalten und ihre handelspolitische Selbständigkeit zu gewinnen.

Aller diesen Ländern hat Friedrich Eß Ratschläge zu thun, die aus dem gleichen Grundgedanken fließen. Sie alle werden dem Wert, das die Friedrich-Eß-Gesellschaft als ersten Teil ihrer ziemlich dicken Gesamtausgabe zu veröffentlichen unternimmt, volle Aufmerksamkeit entgegenbringen. Wie Deutsche, die wir an Bewußtsein ihrer Unabhängigkeit erwacht und versuchen, in Mexiko so gut wie in Indien oder China, eigene Industrien zu entfalten und ihre handelspolitische Selbständigkeit zu gewinnen.

Literaturangabe: „Das nationale System der Politischen Ökonomie“, herausgegeben von Prof. Eberberg, J. G. Cotta, 1925. — „Friedrich Eß's kleinere Schriften“, herausgegeben von Prof. Friedr. Lenz, Gustav Fischer 1926. — Arthur Sommer: „Friedrich Eß's Studien der politischen Ökonomie.“ Gustav Fischer, 1927. — Die Schriften und Mitteilungen der „Friedrich-Eß-Gesellschaft e. V.“ erscheinen im Verlag von Reimar Hobbing.

## Heinrich von Kleist.

Geboren am 18. Oktober 1777.

Von Dr. Valerian Tornius.

Stolz und abseits steht Heinrich von Kleist auf dem deutschen Rahmen. Die Literaturhistoriker müßten, wenn sie sein Porträt zeichnen und seine Bedeutung für die Kunst festlegen wollen, ihm ein besonderes Kapitel widmen. In irgend einer Gruppe — sei es Klassif., sei es Romantiker — läßt er sich nicht einordnen, denn er gehört zu keiner „Schule“ und befaniert sich nie zu einer Richtung. Er blieb immer ein Eigenbrötler und wanderte, unbestimmt um den Geschmack seiner Zeit, auf dem Pfad, den ihm seine dichterische Eingabe wies. Er ist die einfamste und auch die tragischste Gestalt unter den deutschen Dichtern.

Verfolgt man den Lebenslauf Kleists, so entdeckt man kaum andere Merkmale als jene, die für einen Märtyrer der Kunst charakteristisch sind: Hader mit dem alltäglichen Dasein, keine Befriedigung im ergiebigen Beruf, rostloses Streben nach hohen, aber unerreichbaren Zielen, Notlage in materiellen Dingen, abhaserische Unrat, Liebesummer, kleinliche Szedden, Verkämpfen und Dergleichen mehr. Man braucht also das Umgemad nicht anzutun, das so oft seinen düsteren Mantel um die Seele des Künstlers schlägt — Kleist ist nicht davon erspart geblieben. Früh hat er, der Tradition seiner Familie gemäß, sich den Heeresdienst gewünscht, sich höchst ungünstig in diesem Beruf gefühlt, und ist ebenso früh — noch als Zwanzigjähriger — um seinen Abschied eingekommen. Den Offiziersjahren folgte die Studentenzeit, die Begeisterung mit Mathematik und Philosophie, freilich ohne daß er es in diesen Wissenschaften zu einem Abschluß des Studiums brachte. Sein unruhiges Geist vermag sich nichtsheimlich zu führen. Wie von den Füßen gekreist steht er vor einem Ort zu wiederkommen. Da ist er in Paris, da in der Schweiz, dann wieder in Weimar, Dresden, Potsdam. Aber wo er auch wohnt, wo er auch unterkommt, es fehlt überall seinem Leben und Streben die feste Form. Bald schmiedet er himmelstürmende Pläne, bald will er sich dem Dienstleben des Staates unterwerfen, bald möchte er Goethe den Lorbeer von der Stirn reißen, bald den schönen Tod der Schlachten sterben. Obzwar es ihm in diesen unruhigen Wanderjahren nicht gelingt, eine feste Grundlage für sein Dasein zu finden, so bereichern sie ihn doch in feindlicher Hinsicht und geben ihm die Erkenntnis seiner Dichterkarriere. Endlich, im Frühling des Jahres 1805, hat er eine beschiedene bürgerliche Existenz: er ist Diätor bei der Domänenkammer in Königsberg. Anderthalb Jahre eines ruhigen, an häuslicher Ausdeute reichhaltiger Daseins sind mit diesem Königsberger Aufenthalt verknüpft. Da reift die Hochsumme von Jena und Altenstadt ihm aus der Enge der Schreibkubus fort auf das große Welttheater. Ein glühender Haß gegen Napoleon flammt in seiner Seele auf und drückt sich zunächst in einigen patriotischen Gedichten gewaltig Bahn. Dieser Haß bleibt nicht im Worte stecken, sondern er lebt nach einer Tat — den Unterdrükker und Emporkommenden zu töten. Aber zur Ausführung kommt das Vorhaben nicht. Statt dessen wird er von den Franzosen als Spion verdächtigt und in die französische Gefangenshaft geschleppt, die er, dank der Vermüthungen seiner Schwester Ulrike, noch einiger Zeit abschütten darf. Die nächsten Jahre verbringt er größtenteils in Dresden und Berlin. Sie sind reich an

Mitgeschöpf und Enttäuschungen allerlei Art. Seine besten dramatischen Werke finden keinen Eingang an den Bühnen, und als schließlich der heilsreichste Augenblick kommt, die Feuerprobe des Dramatikers auf der Bühne zu erhalten, als Goethe seinem Herzen einen Stoß gegeben hat und den „Zerbrochenen Krug“ am 2. März 1808 aufführen läßt, da erlebt der Dichter eine schmachhafte Niederlage. Auch die journalistischen Verluste Kleists, erstmals in Dresden mit dem „Phönix“, darauf in Berlin mit den „Berliner Abendblättern“, schlagen fehl. Ein Unkraut scheint über allem, was er unternimmt, zu walten. Das einzige bleibt ihm noch, wofür er sein Herzblatt mit Freuden vergießen möchte, die Freiheit seines Vaterlandes. Und in diesem patriotischen Drang wendet er sich wiederum dorthin, von wo er als blutjunger Mensch ausgegangen war — an den Soldatenstand.

Allein die zähernde und abwartende Haltung Friedrich Wilhelms III., gegenüber Napoleon entspricht nicht dem ungeduldigen Verlangen des Dichters, das auf ein sofortiges Handeln zielt. Er verzweifelt an der Zukunft seines Vaterlandes, und diese trübe seelische Verfassung trägt nicht wenig zu dem Vorfall bei, seinem Dasein ein Ende zu bereiten. — Selbstvermehrungsgedanken und Todesstimmungen bemächtigen sich seiner oft, und sie tauchen meist in Verbindung mit Beziehungen zu Frauen auf. Als Kleist Liebesleben war von Tragik unmittelbar. Es hatte daran wohl die Hauptfunktion seine strenge und persönliche Anpassung vom Weiblichen. Den Emancipationsbefreiungen seiner romantischen Zeitgenossen stand er völlig fremd gegenüber. Er nahm einen fast patriarchalischen Standpunkt ein: das Leben der Frau erlaubt erst die vollen Hingabe an den Gatten Wert, und selbstloser Aufscher ihres weiblichen Daseins in der Persönlichkeit des Mannes sei ihre einzige, vornehmste Pflicht. — Mit anderen Worten — nur in idealen Räthkern von Hellstrom ist das wahre Frauenideal verkörperlt. Diese Verwirrung seines Ideals sucht er im Leben und findet sie nicht. Das einzige Mal, wo er dem Ziele seiner Sehnsucht nahe zu sein scheint — als die jüngste Tochter Weiliands, Maria Luisa, sein Lebenspfad kreuzt —, überwindet er sich und ging der in seinem Herzen aufkeimenden Neigung aus dem Wege. Luisa wäre das Mädchen gewesen, das jad für ihn aufgespiert hätte, wie Ottegebe für den armen Heinrich, und gerade von ihr röhrt er sich los. Man mag hierbei an ein launiges Spiel des Schriftstellers denken, aber man wird doch — wenn man Kleists Charakter kennt — dieses Schritt der Abfahrt durch die seelische Verfassung des Dichters und durch seine Erfahrungen in der ersten Liebe begründen können. Wilhelmine von Tengen, an die er zweit sein Herz verlor, war gewiß in landläufigem Sinne ein herziges, gutes Ding, äußerlich war seine Schönheit, doch immerhin eine liebendre Ercheinung mit einem brezen, weiblichen Gemüt, aber ohne jenes Zug weiblicher Größe von Aufopferungsfähigkeit, wie sie Kleist im Einmalvölkchen suchte. Als er, diesen Mangel erkennend, sich von ihr trennte, drängte sich zum erstenmal das Todesverlangen in seine Seele. „Liebes Mäddchen, schreibe mir nicht mehr,“ heißt es in seinem Abschiedsbrief, „ich habe keinen anderen Wunsch, als bald zu sterben.“ Der Dichter gab, trotz



wo er dem Ziele seiner Sehnsucht nahe zu sein scheint — als die jüngste Tochter Weiliands, Maria Luisa, sein Lebenspfad kreuzt —, überwindet er sich und ging der in seinem Herzen aufkeimenden Neigung aus dem Wege. Luisa wäre das Mädchen gewesen, das jad für ihn aufgespiert hätte, wie Ottegebe für den armen Heinrich, und gerade von ihr röhrt er sich los. Man mag hierbei an ein launiges Spiel des Schriftstellers denken, aber man wird doch — wenn man Kleists Charakter kennt — dieses Schritt der Abfahrt durch die seelische Verfassung des Dichters und durch seine Erfahrungen in der ersten Liebe begründen können. Wilhelmine von Tengen, an die er zweit sein Herz verlor, war gewiß in landläufigem Sinne ein herziges, gutes Ding, äußerlich war seine Schönheit, doch immerhin eine liebendre Ercheinung mit einem brezen, weiblichen Gemüt, aber ohne jenes Zug weiblicher Größe von Aufopferungsfähigkeit, wie sie Kleist im Einmalvölkchen suchte. Als er, diesen Mangel erkennend, sich von ihr trennte, drängte sich zum erstenmal das Todesverlangen in seine Seele. „Liebes Mäddchen, schreibe mir nicht mehr,“ heißt es in seinem Abschiedsbrief, „ich habe keinen anderen Wunsch, als bald zu sterben.“ Der Dichter gab, trotz

vielecher Enttäuschungen, den Gedanken, das aufopferungswillige Weib zu finden, nicht auf. Eine Zeitlang glaubte er es in seiner Kusine Marie von Kleist, in der ungünstiger Ehe lebte, entdeckt zu haben. Ihr offenkundig er seine tiefsten Gefühle in den schweren Zeiten der Berliner Kämpfe. Marie brachte ihm auch eine zärtliche Freundschaft entgegen und verachtete mit lindernder Hand die Sorgenfalten auf der Stirn des Veters zu glätten. Aber Kleist genügte das nicht; sein Sehen richtete sich schon nicht mehr auf eine Lebens-, sondern auf eine Sterbensgefährte. So fühlte er an Marie das Anhunnen, mit ihm zusammen in einen freiwilligen Tod zu gehen; die Abfahrt war sonst jedoch entschieden. Damit hatte Marie ihrer weiblichen Größe für ihn verloren, obwohl er ihr gestand, daß sie die einzige sei, der er im Jenseits zu begegnen wünsche. Aber den Weg ins Jenseits trat er mit einer anderen an. Diese neue Gesellschaft war Henriette Adolfine Vogel. Als er die bereitwillige Sterbengefährte gefunden hatte, saß er morgens und abends auf die Knie, um Gott zu danken, daß er ihm „den wollüstigsten aller Tode vergönnt“ habe. Vielleicht ist auch diese letzte Liebe Kleists eine Selbstübung gewesen. Er hielt Henriette für die Erbte und Gefüchte, für die Frau, die alles opfern konnte dem geliebten Mann. Allein er wog die Ursache, die Henriette zum Leidenschaftszustand bestimmt, zu leicht. Sie war zweifellos eine tief empfindende und seelisch bedeutende Frau. Ob ihr jedoch der Gedanke gekommen wäre, ihr Leben aufs Spiel zu setzen, wenn sie nicht gewußt hätte, daß ein unheilbares inneres Leiden sie ohnehin bald auf das Sterbebett werfen würde? Denn schließlich soll es ja, wenn man Kleists fröhlichem Biographen Billow trauen darf, Henriette gewesen sein, die den Dichter zu dem entscheidenden Schritt aufgefordert habe. So waren es doch immerhin zwei verschiedene Motive, welche die beiden in den Tod trieben: hier die körperlich leidende Frau, die von ihren Qualen erholt sein wollte, dort der am Leben verzweifelte Dichter, der die Daseinsbürde mit leichten Hand von sich warf in dem Tod, durch seinen Tod wenigstens einen Triumph über das Leben auszuspielen. Mit solchsem Gleichen hat sie schließlich die Rechnung mit dem Leben abgeschlossen. Am 21. November 1811 auf dem Ufer des Wannsees gefügt die dritte Katastrophe, bei der Kleist erst seine Freundin, dann sich selbst durch einen Pistolenabschuß tötete. In der Stelle, wo der Mord und Selbstmord geschieht, wurden sie begraben.

In der herzlichen Blüte des Mannesalters ist Kleist gestorben. Wie immer beim frühen Tod eines Genies, drängt sich uns die Frage auf: Was hätte er noch geschaffen, wenn von einem sonnigen und längeren Dasein versorgt gewesen wäre? Aber genügt nicht das Wenige, das er hinterließ, um seinen Ruf als Dichter für die Ewigkeit aufzubauen? Seine Stärke war das Drama. Wohl steht die Geschichte von dem Röhrkamm, der sein Recht mit Gewalt zu er-

kämpfen sucht und dabei selbst ungerecht wird, als unvergänglicher Markstein in unserer Erzähllerliteratur da, doch gerade in dramatischen Gehalt — sowohl im Aufbau wie in der Plastik der Gestalten — steht ihre machtbare Wirkung. Und dieses dramatische Empfinden hat Kleist auch in seinen anderen Erzählungen nicht verloren können. In seinen Dramen ist der Dichter von einem verworrenen, im Grausigen mit Vorliebe schwelgenden Sturm- und Drangtemperum ausgegangen. Ihren künstlerischen Ausdruck hat diese unreflektierte und moosige Epoche durch die „Familie Schrottwies“ erhalten. Die gleiche elementare, ungeübte Kraft offenbart noch die „Penthesilea“, doch gleichzeitig macht sich schon das heile Ringen um Verantwortung zur Klarheit deutlich bemerkbar. Auch in der „Hermannsschlacht“, diesem leidenschaftlichsten Werk germanischen Temperaments und glühender Vaterlandsliebe, herrscht fast das Wilde und Ungezügliche vor. Den Zeitgenossen erschienen diese Werke so fremd und von so wunderbarem Geschlecht, daß sie nichts mit ihnen anzufangen wußten. Die Theaterleiter vertraten die gleiche Ansicht. Goethes mißglückter Versuch mit dem „Serdorbenen Krug“ scheiterte. Eine Ausnahme machte nur Wien mit dem „Käthchen von Heilbronn“, dem einzigen der ersten Dramen Kleists, das zu seinem Lebenszeit aufgeführt wurde. Das „Käthchen von Heilbronn“ hat sich unter allen Kleistischen Dramen die größte Popularität erworben und wird noch heute oft gespielt, obgleich das Grundideal, das der Dichter in der Titelheldin hingestellt hat, ganz und gar nicht unserem Zeitalter entspricht, und ebenso wie das „Käthchen“ lebt auch der „Prinz von Homburg“ weiter fort, ja er ist das einzige deutsche Drama, das neben dem „Wallenstein“ immer wieder seine massige, unzerstörliche Größe behauptet. Der eigentlich Militarismus von Kleists engerem Vaterlande Preußen hat hier ein unvergängliches, dichterisches Denkmal erhalten. Gleichzeitig waltet in diesem Drama der Geist von Schiller, Schornhorst, Stein und den übrigen Freiheitshelden, zu denen ja auch Kleist gehörte, dem es, leider, ver sagt blieben sollte, die Befreiung seines Vaterlandes vom Joch der Fremdherrschaft zu gelingen. Einwohnern von den übrigen Dramen steht „Der Serbrobenne Krug“, die schöne Gredie unserer Kulturerliteratur, ein Stil, das bei richtigster Darstellung mit seinem urfrischen, herzhaflichen Humor gewiß nie seine Wirkung verlieren wird. Wie vielseitig muß die Seele des Dichters gewesen sein, dem es gelang, so wechselseitige, herzliche Töne anzuschlagen, die in der „Penthesilea“ ergreifendes Schauer wecken, im „Serdorbenen Krug“ behaglichen Frohsinn erzeugen.



Das Grab oberhalb des Wannsees

## Zur Zeitgeschichte

### Die Kriegsschuldfrage.

Die Erklärung des Reichspräsidenten bei der Einweihung des Tannenberg-Nationaldenkmals hat in der ausländischen Presse ein lebhaftes und vielfach recht unverständliches Echo gegeben. Das hat Reichsminister Stresemann in Genf veranlaßt, dem Vertreter des „Matin“ ein längeres Interview zu geben, das auch in der deutschen Presse ausführlich reproduziert worden ist. Der Reichsaußenminister hat sich dabei besonders dagegen gewandt, daß zwischen dem Reichspräsidenten und der Leitung des deutschen Außenpolitik in Auslande vielfach ein Unterschied konstatiert werden ist, außerdem dagegen, daß man so tat, als ob durch die Erklärung des Reichspräsidenten etwas Neues, bisher nie Dagewesenes geschehen sei. Reichsminister Stresemann hat u.a. an die Erklärung von Reichspräsident Dr. Marg am 29. August 1924 erinnert, die in weit schär-

ferer Form zur Kriegsschuldfrage Stellung genommen hat. Auch gegen die Äußerungen von Reichsminister Stresemann ist die ausländische Presse zum Teil scharf zu Felde gegangen. Der belgische Premierminister Japar und der französische Justizminister Barthou haben gegen die Erklärungen des Reichspräsidenten und Dr. Stresemanns in öffentlichen Reden Stellung genommen, leider in einer Weise, die außerordentlich bedauerlich ist. Die Erklärungen Hindenburgs und Stresemanns waren in einer ruhigen und keineswegs irgendwie verleidenden Form gehalten, während Japar und Barthou in den Ton der Kriegspropaganda zurückgesunken sind. Das scheint doch darauf hinzuweisen, daß bei ihnen der Geist der Verständigung sich noch nicht gefestigt hat.

Von beiden Seiten in der Presse vielfach mit Heftigkeit geführte Diskussion in der Kriegsschuldfrage wird bei uns von den einen als höchst notwendig und nützlich, von den anderen als wenig

opportunit oder sogar sehr schädlich angesehen. Bei der Beurteilung dieser Frage muss man verschiedene Dinge auseinanderholen. An und für sich ist es richtig, daß so heftige Preßerörterungen wie die, die sich in der letzten Zeit über die Kriegsschulfrage entzündet haben, nicht der Entspannung dienlich sind, wenigstens nicht unmittelbar. Alle jene, die den Verständigung abholen sind, ergriffen natürlich mit Freude diese Gelegenheit, um die Gemüter aufzuregen und Zwietracht zu säen. Man kann deshalb den Standpunkt dieser, die da sagen, leicht doch diese alten Geschichten zuhören, leicht uns die Vergangenheit möglichst vergeßen und für eine bessere Zukunft arbeiten, reden wir also von Krieg und Kriegsverantwortlichkeit so wenig als möglich, durchaus verhältnißmäßig finden. Jedoch muß man erzählen dazu wohl folgendes bemerken: Der Schulprahrt von Versailles, der sich sowohl auf die alleinige Verantwortlichkeit Deutschlands für den Kriegsausbruch wie auch auf die Anflage der graufamen und völkerrechtswidrigen Führung des Krieges bezieht, und der dem deutschen Volke mit Gewalt erpreßt worden ist, besteht nun einmal. Zu ihm zu schweigen, würde als Zustimmung ausgelöst werden können. Außerdem fällt es der Gegenfeinde gar nicht ein, davon nicht mehr zu reden. Wenn irgendwo in Frankreich oder Belgien ein Kriegerdenkmal eingeweiht oder der Jahrestag einer Schlacht gefeiert wird, pflegen dabei Reden gehalten zu werden, in denen die deutsche Verantwortlichkeit im Sinne des Schulprahrs von Versailles entweder ausführlich geschildert oder doch durch irgendwelche Nebendeutungen in die Erinnerung gebracht wird. Es liegen sich allein aus den letzten Monaten zahlreiche Äußerungen dieser Art zusammenstellen; von den Denkmälern, in denen der Friedhof im Erzi und Stein nicht selten der Nachwelt verklendet wird, ganz zu schweigen. Es steht also jedenfalls fest, daß die Gegenfeinde nicht daran denkt, das Vergangene vergangen und vergeßt sein zu lassen. Da noch lange nicht jede Gemeinde Frankreichs und Belgien's die Kriegerdenkmale besitzt und die Erinnerungsfeiern jedes Jahr wiederkehren, haben wir die erfreuliche Ausicht, bis an unser Lebensende immer wieder daran erinnert zu werden, daß wir angeblich den Weltkrieg hervorgerufen und ihn wie die Wilden geführt haben. Abgesehen davon, daß bei Diskussionen über die Opfer, die der Versailler Vertrag Deutschland aufgelegt, ihre Erleichterung oder Revision die Gegenfeinde, wenn ich die Argumente aussehen, regelmäßig zur Kriegsschulfrage zurückkommen, etwa mit der Formel: Was wollt ihr denn nur, ich habe den Krieg vom Zaun gebrochen und müßt nun eben die Folgen tragen.

Auch wer aus dem Verständigungsdienst den weitgehendsten Konsequenzen zu ziehen scheitert ist, müßte mindestens verlangen, daß auch die Gegenfeinde schwiege. Und hierfür fällt wieder die aufgeregte Debatte der letzten Zeit nicht ohne Nutzen gewesen. Sie haben dem Ausland gezeigt, daß der Vorwurf, wie er im Vertrag von Versailles und in der Mantelnote gegen Deutschland erhoben worden ist, nämlich der vorläufigen, plamägnen und alleinigen Herbeiführung des Krieges und seiner einstellig völkerrechtswidrigen Führung durch Deutschland, vom deutschen Volke in seiner Gesamtheit zurückgewiesen wird, und daß es nicht dazu schweigt, wenn dieser Vorwurf bei jeder Denkmals- und Erinnerungsfeier wiederholt wird. Vielleicht wird man daraus in ähnlicher Weise, wie das Poincaré sie sich annehmend schon getan hat, die Schlussfolgerung ziehen, künftig zu schwigen. Poincaré, dessen allsonntägliche Denkmalsreden weitaus früher nicht ohne Erwähnung des deutschen Kriegsschul möglich war, hat kürzlich an einem Sonntag drei Denkmalsreden gehalten, in denen von deutscher Kriegsschul nicht die Rede war. Man kann nur hoffen, daß andere Leute sich daran ein Beispiel nehmen werden.

## Frankreich und Rußland.

In den französisch-russischen Beziehungen haben sich in den letzten Wochen Schwankungen gezeigt, die man in Deutschland beachten muß. Bei dem Verhältnis, in dem wir seit Rapallo zu Russland stehen, und bei dem gegenwärtigen Stand der deutsch-französischen Beziehungen könnte uns eine wesentliche Veränderung der französisch-russischen Beziehungen keineswegs gleichgültig sein. Um eins solche handelt es sich aber in der letzten Zeit. Die Frage, die ganz offen gestellt und besprochen wurde, was die ob Frankreich keine Beziehungen mit Rußland abbrechen bzw. ob es wenigstens auf Rückverauf des gegenwärtigen russischen Botschafters in Paris, Radowitsch, bestehen würde. In der französischen Presse entwidete sich wochenlang eine lebhafte Kampagne gegen Sowjetrußland. Sie legte ein, als bekannt wurde, daß Radowitsch einer von der Dritten Internationale angehörige Erklärung mitunterzeichnet habe, durch die für den Fall eines Krieges gegen Sowjetrußland die Soldaten der gegen Rußland stehenden Armeen aufgetreten würden, mit dem Außen gemeinsame Sache zu machen.

In dieser Pressekampagne ließen verschiedene Strömungen nebeneinander. Einmal jene der Leute, die von jener gegen diplomatische Beziehungen mit Sowjetrußland gewesen sind. Bekanntlich erfolgte die Wiederaufnahme der diplomatischen Beziehungen zwischen Frankreich und Rußland durch Herrsch nach dem Wahlsieg der Linken im Frühjahr 1924. Die französische Rechte hat das scharf bekämpft,

Nachdem sie unter Poincarés Kabinett der nationalen Einigung wie der farben Einfluß in der Regierung hat, kann man wohl sagen, daß sogar einige Mitglieder des Kabinetts gegen die Beziehungen mit den Sowjets sind. Als der Bruch Englands mit den Russen vor einiger Zeit erfolgte, traten die französischen Rechtsstreiter, deren publizistische Vertreter „Journal des Débats“, „Intercanté“, „Echo de Paris“, „Alvarez“, „Liberté“, „Action Française“ und auch der „Temps“ find, energetisch dafür ein, daß Frankreich dem englischen Beispiel folge. Seitdem hat die Agitation dafür nicht aufgehört. Eine besonders Rolle spielt dabei der „Matin“. An ihm ist die Standard Oil Company maßgeblich finanziell beteiligt. Damit kommen wir zu der zweiten bei der antirussischen Kampagne in Frankreich beteiligten Strömung. Deutlich hat beim Abdruck der englisch-russischen Beziehungen die Entwicklung des Petroleumkapitals (Shell-Royal Dutch) hinter den Russen eine erhebliche Rolle gespielt. Diese Interessen wirken im „Matin“. Wie Frankreich war das Petroleum in diesem Zusammenschluß noch eine besondere Bedeutung. Bei den Verhandlungen, die zwischen Frankreich und Rußland seit Jahren über die Rückzahlung des russischen Vorkriegsschulden in Frankreich, über die Entschädigung für das in Rußland „nationalisiert“ französische Eigentum, über französische Krediten an Rußland und anderes geführt werden, spielt das Petroleum hinter den Russen eine erhebliche Rolle. Die Franzosen möchten vom englisch-amerikanischen Petroleumkapital, auch aus Rücksichtgründen, sich möglichst unabhangig machen. Deshalb spielen Petroleumfirmen bzw. Lieferungsvereinigungen in die französisch-russischen Verhandlungen fort hinein. Das englisch-amerikanische Petroleumkapital hat natürlich alles Interesse, so etwas zu vereiteln. Hier ist dem auch in der französischen Presse ganz offen gesagt worden. Herr Deterding, der Leiter des englisch-holländischen Petroleumkonzerns der Shell-Royal Dutch, habe nichts Geld in die französische Presse geplaut und der bekannte kommunistische Abgeordnete Marcel Cachin hat darüber sogar eine Interpellation in der Kammer angekündigt. Eine dritte Strömung für den Abdruck der Beziehungen kommt aus der Armee. Die Kommunisten betreiben in Frankreich eine fehlerhafte Propaganda in der Armee, die schon in zahlreichen Fällen zu Infanteriedivisionen, zum Teil großer Umfangs, geführt hat. Die Kreise, die mit der Armee besonders stützt sind, haben starke Maßnahmen gefordert und immer wieder auf die Verantwortlichkeit der Pariser Sowjetvertretung dabei hingewiesen. Als nun bekannt wurde, daß Radowitsch eine Minderheitsentschließung der Dritten Internationale unterschrieben hatte, die für den Kriegsstall die Soldaten zur Meuter aufforderte, stießen diese französischen Militärkreise, und was mit ihnen zusammenhängt, natürlich gewaltig ins Horn und sagten, seht ihr's, das haben wir doch immer gesagt. Die französische Regierung hat, wohl nicht zuletzt auf das Drängen der genannten Kreise, schon verschiedentlich zu energetischen Maßnahmen gegen die kommunistische Propaganda, besonders auch in der Armee, gegriffen. Heute steht infolge davon eine große Anzahl zum Teil führender Kommunisten im Gefängnis. Daran ist der französische Innenminister Sarraut, der Radikale ist, also gerade zu der Partei gehört, deren Wahlausgang für Wiederaufnahme der Beziehungen mit Rußland geführt hat, führend beteiligt. Natürlich nicht, weil er auf Abdruck der Beziehungen wäre, sondern einmal, weil er Mitglied eines stark noch recht tendierenden Münsterums ist, zum andern aber wohl auch aus einem parteipolitischen Grunde. Nächste Frühjahr finden in Frankreich Neuwahlen statt. Die Kernaufgabe für die Linke ist, ob es wieder wie 1924 zur Bildung eines Konsortiums kommen wird. Die Radikalen sind dazu geneigt, die Sozialisten scheinen starke Neigung zu haben, diesmal allein vorzugehen, und die ziemlich starke linke Flügel denkt sogar an Wahlbildung mit den Kommunisten, die die Idee der Einheitsfront des Proletariats vertreten. Wenn nun die Kommunistenführer wegen Vergehens gegen die Staatsautorität ins Gefängnis wandern und ihnen immer wieder bestehend wird, sie treiben keine französische, sondern Sowjetpolitik, wollen die Armee zerstören, so er schwert man natürlich ein Zusammengehen der Sozialisten mit ihnen und macht diese für ein solches mit den Radikalen etwas reifer. Deshalb sei Sarraut ein parteipolitisches Interesse an der Antikommunistenkampagne, was aber nicht bedeutet, daß er oder seine Partei, die Radikale, für den Abdruck der Beziehungen mit Rußland wären.

Brandt ist, wie erinnerlich, während der letzten Völkerbundstag einmal kurz nach Paris gekommen. Seine Reise stand mit der Angelegenheit Radowitsch im Zusammenhang. Nach Schluß des Ministerrats erfuhr man, daß von einem Abdruck der Beziehungen zwischen Frankreich und Rußland nicht die Rede und daß die Angelegenheit Radowitsch geregelt sei. Manches weiß darauf hin, daß Brandt in diesem Ministerrat seine Kollegen vor der Inopportunität eines Bruchs mit Rußland zu überzeugen vermochte, und daß ihnen auf der anderen Seite in Russland gestellt hat, Radowitsch auf gütlichen Wege aus Paris zu entfernen. Seitdem haben Moscou, der Quai d'Orsay und Radowitsch selbst in aller Öffentlichkeit mit der Veröffentlichung von Noten, mit Behauptungen, Dementis und Gegendementis eine Art diplomatisch-publizistischen Kleinkriegs

geführt, der nicht ohne gewisse Reize ist, wenn er nur nicht gefährliche Perspektiven eröffnet. Von französischer Seite wurde zunächst gesagt, man habe die Unzumutbarkeit eines weiteren Verbleibens Ratsowksi in Paris in Moskau zum Ausdruck gebracht, worauf ein Dementi der Sowjets erfolgte. Ein französisches Gegen-dementi war die Antwort, und so ging es mehrmals hin und her, bis sich schließlich ein Interview Schriftstellers, worin dieser sich mit Ratsowksi's Haltung identifizierte und jeden Ansatz zu seiner Abberufung verneinte, und eine offizielle Mitteilung des Quai d'Orsay gegenüberstanden, in welcher eine Note angekündigt wurde, dass die die formelle Forderung an Abberufung Ratsowksi's gestellt und begründet wurde. Man war also auf dem Wege des diplomatischen Zugs und Gegenzugs schließlich dazu gekommen, daß man sich in eine Haltung hinaufstieg und gegen seitiger Ablehnung hineinmanövriert hatte. Der Fall ist überzeugt, an ihm geschichtlich-philosophische Betrachtungen angestellt werden müssen, das Wezen der Politik und über ihre Methoden. Zwecklos würde Moskau den Bruch mit Frankreich durchaus nicht, da er das Gespinst einer unter englischer Führung stehenden antirussischen Einheitsfront, das im Mittelpunkt aller außenpolitischen Erwägungen der Sowjets steht, erheblich verleidigen müßte. In Frankreichs Interesse liegt der Bruch ebenfalls, und mindestens Briand und vermutlich auch Poincaré wünschten ihn nicht, wobei auch innerpolitische Gründe fast mitgespielen dürften. Was für eine Wahlpropaganda der Linken, wenn der Bruch erfolgen würde, bei der großen Zahl der Klemmenter mit russischen Werten, die schon so lange auf eine Regelung der russischen Schulden warteten, und die Ratsowksi ja auch durch die Veröffentlichung der letzten Angebote des Sowjetregierung so geschickt ausspielte! Aber bei Mandrieren kommt man in der Politik ja leider öfter irgendwo hin, wo man nicht hinwollte, wofür die Entstehung des Weltkrieges das größte und tragischste Beispiel ist.

Mandes lädt jedoch die Hoffnung zu, daß es im Falle Ratsowksi nicht zum äußersten, d. h. nicht zum Abbruch der diplomatischen Beziehungen zwischen Russland und Frankreich kommen wird. Die Stellung Ratsowksi in Paris ist jedoch, nachdem sich die französische Regierung auf die Forderung nach seiner Abberufung in aller Öffentlichkeit festgelegt hat, unhalbar geworden.

## Die internationale Pressekonferenz des Völkerbundes in Genf.

Als Vorbereitung für seine diesjährige Tagung hatte der Völkerbund die Vertreter der Weltprüfung auf den 24. August zu einer Konferenz nach Genf eingeladen, auf welcher ausschließlich internationale Pressefragen erörtert werden sollten. Die Konferenz, an welcher Vertreter von 28 Staaten teilgenommen haben, bat bis zum 30. August getagt und eine Reihe wichtiger Ergebnisse gebracht. Neben einer Anzahl von technischen und journalistischen Fragen, wie Ermäßigung der internationalen Gebühren für Posttelegramme, Abschaffung der Transitabgaben und Schaffung eines internationalen Journalistienpasses, war es vor allem die Frage des Nachrichtendienstes, die als wichtigste und umstrittene Frage im Vordergrund der Verhandlungen stand. Daneben wurden auch einzelne politische Fragen wie Toleranz und Förderung der staatlichen Minderheiten am Beispiel ausländerlicher, in ihrer Muttersprache geschriebener Zeitungen berichtet.

Es würde zu weit führen, alle die zahlreichen und teilweise sehr interessanten Probleme hier aufzuzählen, die in den Verhandlungen zur Sprache kamen. Nur über den Nachrichtendienst sei jetzt etwas gesagt, was ohne nähere Erläuterung dieses Punktes nur wenige in der Lage sein dürften, sich ein Bild davon zu machen, worum es sich hier eigentlich handelt.

Folge, wo sich jemand durch Bestechung von Angestellten, Abhören von Telefongesprächen, Diebstahl von Büchernablagen und ähnliche unlautere Machenschaften die bei einem Nachrichtenbüro oder einer Zeitung eingeschlagene Nachrichten vor ihrem Abruf verschafft hat, um sie dann bei einer anderen Zeitung für geringe Münze zu verwerten, hat es schon immer gegeben. Es ist auch vorkommen, daß Zeitungen, die sich wirtschaftlich nicht in der Lage glauben, einen eigenen Nachrichtendienst zu unterhalten, oder auf einen fremden Nachrichtendienst zu abonniieren, sich darauf eingeschworen haben, die in einer kurz vorher erschienenen Zeitung enthaltenen Nachrichten regelmäßig zu plündern, und, sei es als eigene, sei es als fremde Nachrichten, wiederzugeben. Die Vorschriften des Gesetzes über den unlauteren Wettbewerb haben sich nicht in allen diesen Fällen als ausreichend erwiesen, und so ist es begreiflich, daß schon seit Jahren insbesondere die Nachrichtenbüros die Forderung erhoben haben, sie gegen dieses Parasitentum zu schützen. Wenn trotzdem bisher nur ein verhältnismäßig geringer Bruchteil von Staaten dieser Forderung durch Erfolg entsprechender Schritte nachgekommen ist, so liegt das daran, daß man in dieser Frage nicht nur die Interessen der Nachrichtenbüros berücksichtigen darf, die beispielhaftweise den Wunsch haben, für ihre Tätigkeit von allen, die ihre Freiheit genießen, eine möglichst weitgehende Entlastung zu erhalten, sondern daß auf der anderen Seite auch das öffentliche Interesse an der möglichst weitgehenden Verbreitung aller die Allgemeinheit interessierenden Nachrichten in Betracht zu ziehen ist. Dieses Interesse verbietet es, die Nachricht als bloßen Handelsartikel anzusehen.

Seit einigen Jahren hat nun diese Frage dadurch ein stark verändertes Gesicht bekommen, daß die großen Nachrichtenagenturen dem Haushalt der Zeit folgend dazu übergehen mugten, auch den Funktionszug zur Nachrichtenübermittlung mit heranzuziehen. Seitdem die internationales Nachrichtenbüros einen erheblichen Teil ihrer Nachrichten täglich mehrmals in offener Sprache auf dem Funkweg austauschen, ist in allen Ländern der Nachrichtendienst ins Ungeheuer gestiegen. Viel mehr noch im Auslande als bei uns ist die Erscheinung festzustellen, daß die Nachrichtenbüros um ihre Existenz ringen, weil ein Teil der Zeitungen es vorzieht, alles durch die Luft schweifenden Nachrichten der verschiedenen Büros unentwegt abzufangen, statt auf den Nachrichtendienst von einem oder drei Büros zu abonnieren. Indem auf diese Weise vielfach die Existenz der Nachrichtenbüros in Frage gestellt werden ist, berührt die Frage nunmehr wiederum öffentliche Interessen nach einer anderen Richtung hin. Neben dem Interesse der Öffentlichkeit an möglichst umfassender Verbreitung aller Nachrichten besteht naturgemäß ein ebenso starkes Allgemeininteresse daran, die Nachrichtenagenturen der verschiedenen Länder lebensfähig zu erhalten, und insbesondere den internationalen Nachrichtenaustausch nicht dadurch zu gefährden, daß man ihr schuldes der Ausnutzung durch jeden Unbefugten preisgibt. Denn ohne einen entwidmeten Nachrichtendienst ist der gegenwärtige Hochstand der Presse nicht gut denkbar, und ohne einen möglichst weitgehenden Austausch der Nachrichten zwischen den einzelnen Ländern werden alle auf Dörfersicherung gerichteten Bemühungen des Völkerbundes erfolglos bleiben.

Dass die Beratung dieser Fragen auf einer internationalen Pressekonferenz, die aus Zeitungsverlegern und Redakteuren, Nachrichtenagenturen und Vertretern der Regierungen zusammengesetzt war, nicht ganz reibungslos verlaufen würde, war vorauszusehen. Die Interessen der Nachrichtenagenturen gehen natürlich dahin, die Nachrichten soweit wie möglich vor jedem Plagiat zu schützen, und nicht das Abfangen noch unerheblicher Nachrichten zu unterbinden bzw. von einer an den Nachrichtensammler zu entrichtenden Vergütung abhängig zu machen. Die Bestrebungen der Zeitungen gehen natürlich umgekehrt nach der Richtung, die Nachricht frei wie möglich zu lassen, damit jede Zeitung in der Lage bleibt, ihre Nachrichten zu halten, wo sie findet. Dieser ganz freie und rein egoistische Standpunkt wurde allerdings, wie gleich bemerkt sei, von den deutschen Zeitungsverlegern nicht vertreten. Etwa in der Mitte hielt sich die Journaletat.

Nachdem ein vom Völkerbund vorgelegter Entwurf eines Gesetzes zum Schutz des Nachrichtenwesens allgemeine Ablehnung erfahren hatte und nachdem keiner der verschiedenen Staaten mitanderen Raum zu vereinbarenden Anträgen der verschiedenen Art gestellt hatten, übernahmen schließlich die deutschen Delegierten die Führung. Sie legten den Entwurf eines internationalen Abkommen zum Schutz des Nachrichtenwesens vor, nach welchem das Abfangen von Nachrichten, die noch nicht veröffentlicht sind, sondern noch in der Übermittlung, im Satz oder im Druck begriffen sind, unbedingt verboten werden soll, während der Abruf einer schon erschienenen Nachricht frei bleiben und nur mit der Verpflichtung der Quellenangabe belastet werden soll. Auf dieser Basis kam schließlich die Einigung zustande.

Dass es der deutschen Delegation gelang, durch ihren Antrag die bereits im Uferlose abgleitende Erörterung wieder auf jenen Boden zurückzuführen, kann als erfreulicher Erfolg der deutschen Sache gesehen werden und wurde auch von den Vertretern der übrigen Länder ebenso gewertet und anerkannt. Die Voraussetzung dafür war dadurch geschaffen worden, daß sich sämtliche deutschen Vertreter am Vorabend der Konferenz auf eine von mir vorgeschlagene Kompromissformel geeinigt hatten, so daß sämtliche deutschen Vertreter trotz der Verschiedenartigkeit ihrer Interessen während der ganzen Verhandlung nach außen das Bild volliger Einmütigkeit bewahren, während die Delegierten der übrigen Großmächte ihre Meinungsverschiedenheiten in oft recht krasser Form in die Er-scheinung treten ließen.

Als der Völkerbund diese Pressekonferenz einberief, war er natürlich nicht nur von dem Gedanken beeinflußt, die Presse Gelegenheit zur internationalen Vereinigung ihrer Fachfragen zu gewähren. Dieser Pressekongress hatte auch seinen politischen Zweck. Man wollte Vertretern der Presse, die sonst den Völkerbundserklärungen nur von außen als kritische Zuschauer zu folgen gewohnt sind, einmal Gelegenheit geben, sich selbst als friedliche Teilnehmer einer Völkerbundskonferenz zu vereinigen und dabei sowohl sich untereinander wie nicht zuletzt auch die Schwierigkeiten aus eigener

Anscheinung kennenzulernen, mit denen die ganze Arbeit des Völkerbundes belastet ist. Wie aus der Rede, die der Leiter der Presseabteilung des Völkerbundes, der französische Comte, auf dem zu Ehren der Teilnehmer vom Völkerbund veranstalteten Banquet hieß, hervorging, kam es den Vätern dieser internationalen Pressekonferenz vor allem darauf an, die sonst so kritischen Journalisten in die Arbeitsweise des Völkerbundes auch informiert einzuführen, als sie sich in Kommissionssitzungen und hinter verschlossenen Türen nörgeln. Die Presse sollte einmal selbst aktiver Teilnehmer der Völkerbundarbeit sein, damit sie in Zukunft die Schwierigkeiten, mit denen die Delegierten aller Staaten bei solchen Beratungen zu kämpfen haben, besser einschätzen lernt. Und da der Völkerbund mehr als jede andere Organisation auf die Mitarbeit der Presse angewiesen ist und ohne den Widerhall, den die WeltPresse seinen Beratungen schafft, überhaupt nicht lebensfähig sein würde, so war es ein kluger Gedanke, auch einmal die Presse selbst von den hohen Tribünen des kritischen Aufschauens auf das Partett der aktiven Teilnehmer einer Völkerbundskonferenz zu laden, damit sie sich selbst einmal davon überzeugt, daß Kritisierten und Beschimpften oft zweitklassiges Dings sind. Aber zur Ehre der Presse und insbesondere der deutschen Presse darf gesagt werden, daß sie diese Feuerprobe glänzend bestanden hat, und daß die Verhandlungen insbesondere auch dort, wo sie das Politische berührten, sich fast auf einer vorausbildlichen Höhe gehalten haben.

Ministerialrat Dr. H. H. Högl

### Die Danziger Fragen in Genf.

Die Herbsttagung des Völkerbundsrats hat sich in ungewöhnlichem Umfang mit Danziger Angelegenheiten beschäftigt. Ungeachtet einer Spezialfrage der Danziger Stadtanleite und obwohl einige Danziger Angelegenheiten wieder zurückgezogen wurden, sind fünf Punkte auf Grund von Anträgen der Freien Stadt Danzig in Genf verhandelt worden. Allerdings ist nur in einem dieser Punkte, nämlich den bisher noch beobachteten Beschränkungen des Flugzeugbaus in Danzig, eine endgültige Entscheidung herbeigeführt worden, indem Danzig von diesen Beschränkungen befreit wurde, wie das Deutschland gegenüber schon früher geschah ist. Über auch in denjenigen Punkten, die nicht endgültig erledigt worden sind, ist ein Fortschritt gegenüber der bisherigen Lage erzielt worden. Wie gerade von Danziger Seite dankbar anerkannt wird, ist es das Eingreifen des deutschen Außenministers Stresemann gewesen, das diese glückliche Entwicklung herbeigeführt und in mehreren Fällen Entscheidungen gegen Danzig verhindert hat.

Dies gilt insbesondere von den beiden Fragen des Klagerects der Danziger Eisenbahner und der Ausübung der Danziger Staatshoheit auf dem Gebiet der Wehrplattform, wo sich der polnische Munitionslagerplatz befindet. In der ersten Frage soll ein Gutachten des Standigen Internationalen Gerichtshofs im Haag eingeholt werden, in der letzten sollen wichtige Rechtsfragen durch Zusicht von juristischen Experten noch eingehend nachgeprüft werden.

Danzig hatte über seinen Anspruch auf die Ausübung seiner Hoheitsrechte auf der Wehrplatte hinaus in Genf auch den Antrag gestellt, die politische Bevölkerung zur Benutzung der Wehrplatte als Munitionslagerplatz aufzunehmen. Da nun diese politische Bevölkerung auf einem Ratsbeschluss beruht, erobt sich in Genf die Rechtsfrage, ob ein Ratsbeschluss umgehängt werden könnte. Ein Juristentomitee bejahte diese Frage unter der Voraussetzung, daß neue Tatsachen vorliegen. Es wird nunmehr zu prüfen sein, ob dies der Fall ist; Danzig macht befehllich als derartige Tatsache den Ausbau des polnischen Hafens in Gdingen geltend.

Endlich hat der Völkerbundsrat, und zwar ebenfalls auf Grund einer Anregung des deutschen Reichsaußenministers, einen Weg für die Lösgung der Frage des Anlegehäfen für politische Kriegsschiffe in Danzig vorgezeichnet. Danzig und Polen sollen hierüber unmittelbar verhandeln. Wenn aber bis zum 15. Oktober keine Einigung erzielt ist, soll der militärische Ausbau des Völkerbunds sich mit dieser Frage beschäftigen.

### Der Edinburger Gewerkschaftskongress in seiner internationalen und innenpolitischen Ausweitung.

Auf dem englischen Gewerkschaftskongress in Edinburgh ist eine sehr beachtenswerte Entwicklung, die sich seit einiger Zeit in der Arbeiterschaft Großbritanniens vorbereitet, in die Erscheinung getreten. In den Reden der Gewerkschaftsführer und in den Entschließungen, die der Generalrat dem Kongress vorlegte, traten zwei neue Tendenzen hervor, eine die Entradikalisierung der extremen Linksbewegung, und andererseits die Modernisierung des traditionellen Gewerkschaftsgeistes durch Einleitung einer „konstruktiven Periode“, worunter die Sicherung des industriellen Friedens durch Ausbau der Schiedsgerichte, Schlichtungsinstanzen, Änderung der Praktionsmethoden.

Die englische Gewerkschaftsbewegung vor dem Edinburger Kongress war radikalisch geworden in ihrer Beifürchtung an reine Kohlennpolitik durch kollektive Abkommen und auf den Streit als Alter-

native hierzu. Dieser Stillstand hatte die Bildung einer zwar zahlenmäßig nicht starke, aber einen starken Druck auf die Mehrheit ausübenden, extrem revolutionären Richtung unter dem Einfuß Russlands zur Folge gehabt. Infolgedessen hatten sich die englischen Gewerkschaften am weitesten auf dem Wege nach Moskau vorgewagt. Eine von ihnen vor fünf Jahren nach Russland entsandte Delegation hatte einen kritischen, aber immerhin verhältnismäßig günstigen Bericht erstattet. Eine weitere Folge war die Einrichtung eines besonderen anglo-russischen Gewerkschaftsausschusses, der in Berlin zusammengesetzt, dessen letzte Tagung vor wenigen Monaten aber schon wegen der russischen Seite abgesagt wurde.

Auch auf den Kongressen der Amsterdamer Internationalen versuchten die Engländer, freilich ohne Erfolg, als Anwälte der Russen aufzutreten. Nach dem Pariser Kongress im August d. J. forderte der damalige Vorsitzende, der Engländer Purcell, von der Sozialdemokratie die Einstellung des Kampfes gegen den Bolschewismus und die Einigung der Zweiten und Dritten Internationalen, allerdings nur mit dem Erfolg, daß seine Wiederholung nicht erfolgte und daß er mit der englischen Delegation demonstrativ den internationalen Kongress verließ. Der Edinburger Kongress der englischen Gewerkschaften hat gezeigt, daß die damalige englische Delegation auf dem Pariser Kongress der Amsterdamer Internationalen radikaler war als die Maßen ihrer Auftraggeber. Die internationale Bedeutung der Edinburger Verschlußbericht beruht darin, daß durch sie die Stellung der Amsterdamer Internationalen gegenüber den Russen gestärkt wird.

Den Bruch mit den Russen ergänzte der Kongress der englischen Gewerkschaften durch die Einleitung einer aufwundenen Politik der industriellen Befriedung. Der Edinburger Kongress war der erste nach der viermonatigen Aussperreng der englischen Kohlenarbeiter, die nieben dem schnell zusammenbrechenden englischen Generalstreik des letzten Jahres begingen. Die infolge dieser beiden ungünstig verlaufenden Lohnbewegungen erschöpften Gewerkschaftsleute, meiste aber wohl noch die allgemeine, seit Jahren auf der englischen Industrie lastende Depression, haben in der englischen Gewerkschaftsbewegung eine wachsende Abneigung gegen Kampfmethoden ausgelöst. George Hicks wies daher in seiner Rede als Vorsitzender des Kongresses unter allgemeiner Zustimmung darauf hin, daß bisher die Linie direkter Verhandlungen zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern nicht gründlich genug ausgearbeitet worden sei. Durch Zusammengehen des Arbeiters und des Unternehmers könne nicht nur die Leistungsfähigkeit der Industrie, sondern auch der Lebensstandard des Arbeiters geboten werden. So kann denn auch die „Industrial News“, als das wichtigste Gewerkschaftsorgan, in ihrem Rückblick auf den Edinburger Kongress mit Recht sagen, daß er „... für den Generalrat der englischen Gewerkschaften klare politische Richtlinien festlegte, positive Mitarbeit an dem friedlichen Aufbau eines neuen Systems wirtschaftlicher Beziehungen zu leisten“. So ungewiß es auch jetzt noch ist, wie weit sich die auf dem Edinburger Kongress angenommenen allgemeinen Prinzipien in die Wirklichkeit umsetzen lassen, so klar ist doch andererseits die konstruktive politische Linie dieses neuen englischen Gewerkschaftsprogramms erkennbar.

Die in Edinburgh festgelegten Richtlinien der neuen englischen Gewerkschaftspolitik bilden gleichzeitig die totale Grundlage für die Wahlpolitik der Arbeiterpartei zu den im nächsten Jahre stattfindenden Parlamentswahlen, und sind somit als bedeutender Aufstieg für den in der ersten Oktoberwoche in Blackpool zusammengetretenen Parteitag des Labourparty zu betrachten. Die letzten Wahlen verlor das Arbeitsministerium Macdonalds infolge des ganz im Sinne des Kampfes gegen kommunistisch-resolutionäre Befreiungen aufgesetzten konserватiven Wahlprogramms. Als der damalige Niederlage hat die Arbeiterpartei die Lehre gezogen, daß die im englischen Bürgertum eingerührte Furcht vor dem Bolschewismus auch bei den bevorstehenden Wahlen der konserватiven Regierungspartei wieder eine sehr gute Wahlparole abgeben könnte. Indem der Edinburger Gewerkschaftskongress den Bruch mit den russischen Gewerkschaften vollzogen hat, befähigt er, daß die englische Arbeiterpartei in ihrer großen Mehrheit nicht gelassen ist, sich ins kommunistische Fahrwasser abtreiben zu lassen. Der gegen die Arbeiterpartei gerichteten konservativen Wahlparole eines „Kampfes gegen den Bolschewismus“ ist durch die eigene Kampfansage der Gewerkschaften gegen die Russen für die kommende Wahl der Wind aus den Segeln genommen. Andererseits ist die in Edinburgh verklündete Politik der konstruktiven Linie und industrieller Befriedung wohl geeignet, sich wahlstatisch dahin auszuwirken, daß die breiteren Massen des noch lebenden englischen Kleinbürgertums dem neuen Programm nicht feindlich gegenüberstehen und daß darüber hinaus im Falle einer konserватiven Wahlniederlage die Zusammenarbeit der Arbeiterpartei mit den Liberalen ohne weitere politische Zugeständnisse möglich ist.

Die von der konserватiven Regierung eingebrachte Gewerkschaftsbill, die mit ihren rigorosen Bekämpfungen gegen den Streik die Fundamente der englischen Arbeiterschaft bedroht, möglichst schnell zu beseitigen, ist ein Hauptziel der englischen Gewerkschafts-

politisch. Zur Erreichung dieses Ziels benötigen sie einen Erfolg bei den bevorstehenden Parlamentswahlen, der ohne vorherige Wiedergewinnung der bei den vorjährigen Generalself verlorengegangenen Sympathie weiter kleinbürgerlicher Schichten unmöglich ist. Die Bevölkerung, die Sympathien der öffentlichen Meinung für die Förderung der Arbeitertertümer wiederzugewinnen, bilden das innerpolitische Leitmotiv für die im vorigen erläuterte neue Einstellung des öhm. Gewerkschaftsvertrages.

Spectator alter.

## Das österreichische Wirtschaftsproblem.

Trotz der in Deutschösterreich selbst so gut wie allgemeinen Übereinimmung hinsichtlich der zweifelhaften Lebensfähigkeit des eigenen Landes, will in der europäischen Öffentlichkeit eine wohl vorerst durch politische Tendenzen bestimmte Richtung diese Zweifelhaftigkeit nicht gelten lassen. Sie ist demütig, der breiten Öffentlichkeit immer wieder platzumarmend, daß das in St. Germain künftlich geschaffene staatliche Gebilde, Österreich, durchaus lebensfähig ist. Nach der an dieser Stelle schon besprochenen wertvollen Arbeit des Wiener Dozenten Dr. Schilder über den „Streit um die Lebensfähigkeit Österreichs“<sup>1)</sup> liegt nun eine Schrift des Salzburger Handelskammer aus der Feder ihres bekannten Sekretärs Dr. Erich Göbert über die Wirtschaftslage Deutschösterreichs vor, die gerade auch im Reich höchste Beachtung verdient. Dr. Göbert will nach seinem Vortrag die bedeutsame Gesichtung eines kontinentalen Niederganges unserer Wirtschaft, an der die tägliche Wirtschaftspraxis nicht vorüberkomme, gegen die hunderftägigen Beleidigungswürfe offizieller Kreise belegen und sie gegen die Vorwürfe prinzipsieller Schwarzfahrt und überwollender Kritik, ungerechtfertigter Miltbraus und mangelnden Selbstbehauptungsversuchs verteidigen. In vielfach neuer Beleuchtung und unter Zuhilfenahme einer großen Anzahl graphischer Darstellungen zeichnet der Verfasser zunächst Struktur- und Bewegungsbild des österreichischen Volkswirtschafts in der Entwicklung der Handels- und Zahlungsbilanz, der Steuer- und sozialen Abgabenbelastung, des Arbeits- und Sozialpolitik und des Geld- und Kapitalmarktes. Sein Weg geht dabei von der Feststellung des konfianten Defizites der österreichischen Handelsbilanz über zu den Maßnahmen zur Ausgleichung der Zahlungsbilanz, zur Erreichung der harten Aufnahme vom Konsumtivbedarf und der Ausweitung des Eigenkapitals infosofern Überlagerung mit öffentlichen Abgaben, des dadurch eintretenden Mangels an Produktionskapital, der wachsenden Abhängigkeit der Betriebsführung vom Kredit und damit der Verkürzung der Kreditbedingungen, der Verschlechterung des Ertrages und des Aufwands der Rentabilität, der Veränderung der Sozialproduktion und damit zur Erklärung der geradezu bedeutsamen Lage der österreichischen Gesamtirtschaft, die sich dem Außenhandel seit nur in den Hintergrund der Arbeitslosen und des Handelsabsturms darstellt, die aber für den wirtschaftlich Gedachten ihren unleugbaren Sinn in der fortwährenden Kapitalaufzehrung und der ständigen Verminderung des Rentabilitätsfaktors gegeben findet.

Gebert erkennt also die Ursachen der österreichischen Wirtschaftskrisis hauptsächlich in dem sozialen, wirtschaftlichen und wirtschaftsmoralischen Zusammenbruch. Wenn man, wie der Verfasser ausführt, 1922 noch hoffen konnte, Österreich zu retten, so müsste man 1924 diesen Verhängniswerten Irrtum erkennen, ohne freilich heute danach konsequent zu handeln. Der Staat ist auf Kosten der Wirtschaft sonnert worden, es gibt wohl eine stabilisierte Währung, aber kaum mehr einen Betrieb, der bei weiterer Entwicklung der Verhältnisse ein in solcher Währung ausdrückbares Eigenkapital und Beschäftigungsmöglichkeit haben wird.

Der Salzburger Handelskammersektor sieht als einzige Lösung dieser Lage Deutschösterreichs den Anschluß an das Deutsche Reich. Nicht aber, um damit sich in bequemer Form als Ballast an einem wirtschaftlichen aktiveren Körper anzuklammern, sondern um dadurch Deutschösterreich moralische und wirtschaftliche Voraussetzungen für ein reelles Auswärtsskommen zu ermöglichen.

## Deutsch-jugoslawischer Handelsvertrag.

Am 6. Oktober 1927 wurde der neue Handels- und Schiffsvertrag zwischen dem Deutschen Reich und dem Königreich der Serben, Kroaten und Slowenen in Berlin unterzeichnet und am selben Tage sein Wortlaut im Reichsanzeiger veröffentlicht. Der Vertrag tritt an die Stelle des bisherigen verlaufenen Abkommen von Jahre 1921, das seit dem 10. Juli 1922 in Kraft war. Dieses enthielt zwar auch schon das Zugeständnis der allgemeinen Meistbegünstigung, das jedoch erst in dem neuen Vertrag auch für das heiderettige Niederflächenrecht angestanden wird. Der Vertrag steht mit seinen 31 Artikeln wird ergänzt durch eine doppelte Tarifvorlage, die die Einfuhrzölle nach Deutschland beziehungsweise nach Jugoslawien aufzufüllen und dabei mancherlei Herabsetzungen gewährt. Die 17 für Deutschland geltenden Positionen werden im wesentlichen Mats, Böhmen, Hans,

Ost. Gefügel, Fische und Nahrungskonsernen sowie einige Rohstoffe. Die umfangreichere Liste der jugoslawischen Einfuhrzölle kommt Industrieprodukten (wie chemischen und pharmazeutischen Waren, Textilien, Leder, Briefpapier, Büchern, Schmuck und Spielwaren, Messern, elektrischen und Radiosapparaten) zugute. Aus weiteren ergänzenden Protokollen interessiert besonders die Bestimmung, daß die vertragsschließenden Staaten für die Befestigung des in andern Staaten befindenden Ausfuhrverkehrs, -befrachtungen, -zölle und -abgaben wirken wollen und sich verpflichten, die in ihren eigenen Ländern bestehenden derartigen Beschränkungen für Härte und Höhe jeder Art aufzuheben. Der Vertrag selbst soll schließlich möglichst vor der Ratifikation durch die beiden Volksvertretungen vorläufig in Kraft gesetzt, der Termin dafür noch vereinbart werden.

Der Abschluß des Vertrages ist von der deutschen Öffentlichkeit mit einstelliger Zustimmung aufgenommen worden und man darf mit Recht von ihm gute Ausichten für die deutsche Ausfuhr erwarten, ganz abgesehen davon, daß die klaren Festschlüsse des Vertrages für den Handelsaustausch nunmehr sehr Normen schaffen und darüber hinaus geeignet sind, das bestehende Einvernehmen zwischen den beiden Staaten weiter zu fördern. Die Verhandlungen könnten auch dementsprechend außergewöhnlich leicht und reibungslos geführt werden. Die Bestimmung der Meistbegünstigung wird sich ganz besonders darin auswirken, daß Deutschland die bereits zwischen Jugoslawien einerseits und Italien und Österreich andererseits bestehenden oder noch zu schaffenden günstigen Höhläufe auch für sich im Anspruch nehmen darf, für die wirtschaftliche Bedeutung Jugoslaviens spricht das Ausmaß seines Außenhandels von 999,1 auf 1264,1 Millionen Mark im Jahre 1924 an 1925. Während es, wie ersichtlich, neben seinen landwirtschaftlichen Erzeugnissen Rohstoffe ausführt, bringt es andererseits hochwertige Industriegeräte heran, deren zwar beträchtliche Menge der Einfuhr nach Tonnen beträgt etwa das Doppelte der Ausfuhr. Für die Jahre 1924, 1925, 1926 betrug so die Einfuhr 1,15 — 1,5 — 1,24, die Ausfuhr 3,9 — 4,4 — 4,9 Millionen Tonnen.

## Die russisch-perisische Vertragsabschlüsse.

Zwischen der Sowjetunion und Persien sind am 1. Oktober in Moskau eine Reihe von Verträgen und Abkommen unterzeichnet worden. Diese Abkommen umfassen

1. einen Garantie- und Neutralitätsvertrag,
2. einen Notenwechsel über die beiderseitigen Handelsbeziehungen,
3. ein Abkommen über die Sicherheit am Südufer des Kaspiischen Meeres,
4. einen Notenwechsel über den Hafen Pechlowi,
5. eine Goldförderung.

Im Wortlaut bekanntgegeben ist von diesen Verträgen bisher nur das Neutralitätsabkommen. In diesem Abkommen führen sich beide Teile zu, im Falle des Angriffs auf den anderen Teil Neutralität zu beobachten, an keinen Blockverbünden und Abkommen, auch nicht an Boykotts oder einer Blockade gegen den anderen Teil zu beteiligen und ihren Beamten auf den Gebieten des Vertragspartners jede Einigung in die inneren Angelegenheiten des anderen Staates zu verbieten. Zu dem Abkommen gehören zwei Protokolle und als Anlage ein Briefwechsel zwischen Tschaitschewin und dem persischen Außenminister, in dem die persische Regierung erklärt, daß ihre Verpflichtungen gegenüber dem Pöterbund, die sie weiterhin erfüllen würde, durch diesen Neutralitätsvertrag nicht berührt würden.

Die Unterzeichnung dieses Abkommens mit Persien wird in Moskau als ein großer Erfolg angesehen, und derartige Meldungen sind aus russischen Quellen auch in die deutsche Presse übergegangen. In Moskau glaubt man, damit einen Schlag gegen englische Einfuhrbestimmungen geführt zu haben. Daß man freilich in dieser Hinsicht in Moskau zu übertriebenen Ansichten und Behauptungen neigt, ist bekannt.

Den übrigen Abkommen ist bemerkenswert der in Form eines Notenwechsels geschlossene Handelsvertrag. Die Sowjetunion hatte nämlich jahrelang die persische Einfuhr nach Kaschmir gesperrt, worunter Persien wirtschaftlich sehr zu leiden hatte. Wenn also jetzt ein Vertragsabschluß in Handelsfragen gelungen ist, so ist dies in erster Linie als ein Erfolg und ein Vorteil für Persien anzusehen. Persien erhält durch das Abkommen das Recht, jährlich Waren im Betrage von 50 Millionen Rubel in die Sowjetunion einzuführen, wozogegen bis zur Höhe von 90 v. H. dieser Summe Waren aus der Sowjetunion nach Persien ausgeschifft werden. Bemerkenswert ist eine gewisse Durchbrechung des Sowjet-Außengeschäftsmonopols, da Persien nicht an einen ausschließlichen Verkauf mit staatlichen Sowjetstellen gebunden ist. Von russischer Seite wird hierbei darauf hingewiesen, daß das Außenhandelsmonopol eine Waffe gegen den Kapitalismus der Weststaaten sei, während von Persien her der Sowjetunion keine derartige Gefahr droht. Auch für Deutschland wichtig sind die Bestimmungen des Handelsabkommens, die Persien für seine Ein- und Ausfuhr dem freien Transit durch das Gebiet der Sowjetunion sichern.

<sup>1)</sup> Siehe 2. Septemberbericht 1926.

<sup>2)</sup> Erich Göbert: „Ammannsberg“, Österreichs Wirtschaftszeitung, Wien 1927 Verlag Böhlau-Vienna-Tempel.

## Die Angestelltenversicherung im Jahre 1926.

Das Direktorium der Reichsversicherungsanstalt für Angestellte erstattet seine Jahresberichte sehr regelmäßig und fröhlich. So liegt jetzt bereits der Geschäftsbericht für das Jahr 1926 vor. Er lädt erkennen, daß die Inanspruchnahme der Angestelltenversicherung ständig stark wächst, doch aber auch die finanzielle Entwicklung eine recht günstige ist.

Ruhig und würdevoll wurde im Berichtsjahr insgesamt von 24 579 Versicherten beantragt (gegen 19 349 im Vorjahr), wobei die Steigerung ausschließlich auf Anträge wegen Berufsunfähigkeit, nicht wegen Erreichung der Altersgrenze, entfällt). Bewilligt wurden 16 690 Ruhegelder, davon 10 619 wegen Berufsunfähigkeit. Am Schluß des Jahres ließen 50 582 Ruhegelder (gegen 36 677 am Schluß des Vorjahrs), die einen monatlichen Kostenaufwand von rd. 3 Mill. M. erforderten. Die Gesamtaufwendungen des Jahres beliefen sich auf rd. 32,9 Mill. M.

Die Gesamtzahl der Anträge auf Hinterbliebenrente betrug 12 028 (gegen 9027 im Vorjahr). Bewilligt wurden 14 382 Renten, davon 997 Witwen, 5 Witwer und 6582 Waisenrenten. Am Schluß des Jahres ließen 55 479 Witwen- und Witwerenten und 24 073 Waisenrenten mit einem monatlichen Aufwand von rd. 1,7 Mill. M. insgesamt an. Ruhegelder und Hinterbliebenrenten zusammen also rd. 55,2 Mill. M.

Große praktische Bedeutung kommt dem Heilfahrtsgesetz zu, die von der Reichsversicherungsanstalt stark ausgebaut und mit qualitativer Vorsorgeleistung ist. Die Inanspruchnahme ist enorm: Im Berichtsjahr sind nicht weniger als 85 145 Anträge eingegangen, davon 52 207 (gegen 48 451 im Vorjahr) auf sogenannte ständige Heilverfahren, d. h. Kurhausenthal und 50 938 (gegen 21 505) auf nichtständige, nämlich Zusätze zum Zahnsatz und zu anderen "großen Heilmitteln", wie Prothesen u. a. Bewilligt wurden 52 679 Anträge auf ständiges Heilverfahren, d. h. 61,8 v. H. der ins-

gesamt erledigten Anträge. Davon wurden 35 v. H. in Lungensäätzten mit einer durchschnittlichen Kuraauer von 84 Tagen und Durchschnittskosten von 610 M. durchgeführt, 62,5 v. H. mit Durchschnittsdauer von 31 Tagen und Durchschnittskosten von 260 M. in Sanatorien und Bädern; der Rest entfiel auf speziellärztliche Behandlung und Zusatzbehandlung. Die Reichsversicherungsanstalt verfügt jetzt schon eigene Heilanstalten, von denen allein drei im Berichtsjahr erworben wurden. Im übrigen werden nahezu 100 Bäder, Sanatorien und Lungensäätzten auf Grund vertraglicher Abmachungen belegt. An nichtständigen Heilverfahren wurden 29 653 bewilligt, das sind 97,1 v. H. der erledigten Anträge. Als weitere Maßnahmen heilfürsorgerischer Art sind zu erwähnen: Zusätzlich in 6177 Fällen von Geschlechtskrankheiten, deren Bekämpfung sich die Reichsversicherungsanstalt in Gemeinschaft mit den Landesversicherungsanstalten widmet, ferner im Rahmen der sogenannten, Ende 1925 neu aufgenommenen "Kinderfürsorge" Zuflüsse zu Heilverfahren für Kinder von Versicherten oder Ruhelodempfängern oder für Waisenrentenempänger in 3322 Fällen, schließlich eine Zuwendung von 500 000 M. an das Deutsche Zentralkomitee zur Bekämpfung der Tuberkulose. Die Gesamtaufwendungen für das Heilverfahren beliegen sich auf 16 Mill. M. (gegen rd. 11,8 Mill. im Vorjahr), d. s. rd. 6,5 v. H. der Beitragsentnahmen.

Die Beitragsentnahmen sind mit rd. 245,7 Mill. M. gegen das Vorjahr um annähernd 25 v. H. gestiegen. Die Zahl der Versicherten wird auf 2,8 Mill. geschätzt. Die Gesamteinnahmen einschließlich Vermögenszinsen usw. beliegen sich auf rd. 28,7 Mill. M. Die Gesamtausgaben wiesen mit rd. 30 Mill. M. eine Zunahme gegen das Vorjahr um 20 v. H. auf. Von ihnen entfallen auf Verwaltungskosten rd. 4,8 Mill. M. (gegen 7,9 Mill. im Vorjahr), oder 3,4 v. H. der Beitragsentnahmen. Das Vermögen der Reichsversicherungsanstalt ist von 350 auf 255 Mill. M. gestiegen. Daraus sind 209 Mill. in Hypotheken, 129,5 Mill. in Darlehen und 119,6 Mill. in Wertpapieren verbleibend angelegt.

Genau! Israël

## Hermann Sudermann. Von Paul Fechter.

Wenn Hermann Sudermann stirbt, wird er bei dieser Feier seines 70. Geburtstages sicherlich manchmal ein höchst vergnügtes Gesicht machen. Nicht weil man ihn feiert, sondern weil er, wie wenige kennen ihm, Lieder und Schwänke und Launen der Uchteile und der Einschätzung erlebt hat. Vom höchsten Lob, das sich bis zu Parallelen mit dem jungen Schiller vergleicht, bis zur schweren Beschimpfung, die nicht einmal vor dem Vergleich mit Deutschlands gelehrtesten Dichterin, der Marill, zurücksteht, daß er alles über sich ergehen lassen müßte — und wird heute als tödlich gefeiert, als sei nicht geschehen —, im Gegenteil, viel herzlicher als mancher andere. Ein neues Geschlecht ist herausgekommen, das den Leistungen und Meinungen der Väter äußerst skeptisch gegenübersteht, viel skeptischer, als das sonst schon Söhne zu tun pflegen — und stellt fest, daß der Dichter der „Ere“ und der „Frau Sorge“ ihm erheblich wertvoller erscheint als vieles, was das vergangene Geschlecht ihm als Dauerwert präsentiert hat.

Und die Jungen haben vollkommen recht. Hermann Sudermann ist bei all seinen Schwächen entschieden mehr als die Mehrzahl seiner Zeitgenossen, weil er im kleinen Finger nicht Temperament und Lebendigkeit besitzt als sie in der ganzen Hand. Er hat nur das Pech, in eine Zeit hineingeboren, der der Begriff literarisch noch nicht in seiner ganzen Schrecklichkeit erkannt, noch geradezu ein Ehrentitel für harmlose Gemälde war. Mit diesem Vorwurf aber hat man ihn und sein Werk, von vollkommen schleien Vorwürfungen aus, für einige Jahrzehnte wenigstens, an die Wand geklemmt.

Und damit haben sie ebenso recht wie die Jungen, und heutz mehr denn je. Denn gerade uns und unseren Tagen der Abenteuergeschichten und der spannenden Sensationsserien, der Bilder voll Handlung und Tempo, der Dramen voll bewegten Geschehens ist Hermann Sudermann, wofern er uns überhaupt einmal entzweigeworden war, näher denn je. Alles, was die Gegenwart mit ihrer amüsanten, läufigen Wirklichkeitsphantasie proklamiert und sucht — das hat er mit sicherem Wirkungsausdruck ohne alle literarischen Rücksichten aus eigener Freude um bewegten Erzählern und Hinschau Seines Lebens mit vollen Händen gegeben. Man hat ihn einen Realisten genannt — nichts ist weniger richtig als das. Gewiß; wenn Sudermann einen Menschen, eine Situation anpaßte und hinschauete — dann

stand sie, war da, rund und wirklich wie nur eine. Was heute flimmerliche Seltsamkeit, war für diesen Mann aus Fleisch und Blut und offenkundigen Knochen selbstverständliche Voraussetzung. Er sauf Wirklichkeiten, sie greifbare, dreidimensionale; aber nicht Wirklichkeiten des Lebens, sondern der Erzählung, des Theaters. Dieser Mann mit dem berühmten großen Vollbart lebte ja gar nicht in unserer Wirklichkeit, sondern lediglich in der seinen. Sobald er am Schreibtisch saß, begann es in ihm zu reden, begann der Dialog seiner Menschen und Gestalten, fabrikte die Aue und Ab und schrieb mit innerer Bestimmung, was er sich nun dachte — von seiner und über, nicht von unserer Wirklichkeit. Seine Weisen stiegen auf aus der Welt des Theaters, aus der Welt des Romans, aus der Welt, in der wir wirkliche Welten waren. Sie redeten, wie man dort redet, handelten, wie man dort handelt — und er ließ sie so reden und handeln. Mit Recht. Was hatte das reale Leben mit Theater und Roman zu tun? Wenn einer las oder im Parkett saß, hatte er diese Welt vergessen, war in eine neue, überwirliche eingegangen, die mit der Realität nicht gemein hatte und nichts gemein haben sollte. Eine stärkere, bunte, gesiegerte Welt nahm ihn auf — er lebte aus dem eigenen, inneren, ungekennnten Vorstellung des Geschehens, in der er selbst das Schicksal war. Und das konnte er nur, wenn der Autor bei sich es ebenso mache.

Dieses aber ist Sudermann — und noch damit vieles vorweg, was heute wieder Schmied und Ziel des Suchens vieler geworden ist. Die alte Eisenbahnchronik „literarisch“ ist vorerst; heute rollt man im Auto kreuz und quer über alle Realitäten und Wirklichkeiten. Heute möchte ein neues Geschlecht (das wirkliche meine ich, nicht das, was sich selbst dafür hält) aus neuen Kräften eine bunte Welt aufbauen — und sieht, daß dieser Olymprie das schon vor einem Menschenalter getan, daß die Spannung und das Tempo, die Unwirklichkeit mit der Kraft des Realen, den hellen Atem und die Leidenschaft, die es gar nicht gibt, den großen Spieler und den starken Mann längst vorweggenommen hat. Und grüßt in dem einst Verfernten den Altmann, den ersten Herbeder des Literarischen — und sieht zugleich mit Staunen, daß dieser Mann auch das konnte. Daher er neben „Es war“ und dem „Kajensteig“, neben der „Schmetterlingschlacht“ und dem „Güld im Winter“ herliche, stilreiche Dichtungen wie die „Litauischen Geschichten“ und die Heimaterrührung von „Frau Sorge“ geschaffen hat. Und macht einen noch viel tieferen Diener vor ihm.



Arnold Böcklin

## DEUTSCHE KUNSTFÜHRER

HERAUSGEGEBEN VON DR. A. FEULNER

1. Bd.: Kloster Wiblingen von Dr. A. Feulner. 2.—Rm.
2. Bd.: Kloster Maulbronn von W. R. Deusch. 2.—Rm.
3. Bd.: Kloster Blaubeuren von Prof. Dr. Baum. 2,50 Rm.
4. Bd.: Die Residenzen von Landshut von Dr. A. Mitterwieser . . . . . 2.—Rm.
5. Bd.: Die Reichsabtei Ochsenhausen von Dr. Max Scheffold . . . . . 2.—Rm.
6. Bd.: Kloster Obermarchtal von Dr. Max Scheffold . . . . . 2.—Rm.
7. Bd.: Kloster Bebenhausen von Dr. Adolf Mettler. 2.—Rm.
8. Bd.: Kloster Alpirsbach von Dr. A. Mettler. 2.—Rm.
9. Bd.: Kloster Irsee von Pfr. R. Wiebel . . . . . 2.—Rm.
10. Bd.: Kirchen von Halberstadt von Dr. O. Doering. 4,20 Rm.
11. Bd.: Rott am Inn von Dr. A. Feulner . . . . . 2.—Rm.
12. Bd.: Zwiefalten von E. Tiechter . . . . . 2.—Rm.

## KUNSTFÜHRER AN RHEIN UND MOSEL

HERAUSGEGEBEN VON DR. EGID BEITZ

1. Bd.: Kloster Heisterbach von Dr. Egid Beitz. 2.—Rm.
2. Bd.: Die Schatzkammer des Domes zu Köln von Professor Dr. Witte. . . . . 2.—Rm.  
(Von diesem Band erscheint eine besondere Ausgabe auch in englischer Sprache. Preis 3.—Rm.)
3. Bd.: Der Dom zu Mainz von Dr. Peter Metz. 3,50 Rm.
4. Bd.: Hospital St. Nikolaus zu Cues von Dr.-Ing. Hans Vogts . . . . . 2.—Rm.
5. Bd.: Die Zisterzienserabtei Marienstatt von P. Gilbert Wellstein. . . . . 2.—Rm.
6. Bd.: Zons am Niederrhein von Ehlers W. Grashoff. 2.—Rm.

*Fürstentum Salmisch. Bände 10/24*

Dr. BENNO FILSER VERLAG G.M.B.H.  
AUGSBURG - KÖLN - WIEN

## EUROPAISCHE GESPRÄCHE

### MONATSHEFTE FÜR AUSWÄRTIGE POLITIK

Herausgegeb. von DR. A. MENDELSSOHN BARTHOLDY  
o. Professor an der Universität Hamburg.

Halbjährlich M. 12.—

### DAS PROGRAMM

Europa bedeutet den mütterlichen Boden, dem unsere Gedanken entstehen. Deutschland zumal ist europäisch bedingt und kann Politik nur aus dem Herzen Europas heraus machen. Mit dem Wort "Gespräche" wollen wir andeuten, daß wir wohl eine sehr bestimmte Meinung haben, aber uns mit jedermann achtsam und aufmerksam unterhalten können; das bezeugen die Stimmen aus allen Lagen und Ländern, die schon in den bisherigen Jahrgängen der Zeitschrift sich vernehmen ließen. Im Dienste ernsthafter Urteilssbildung sammelt die Zeitschrift die wichtigsten Urkunden aus diplomatischen Verhandlungen und Korrespondenzen und macht sie in sorgfältiger Übersetzung allgemein zugänglich, in den "Bekennissen und Begebenheiten" geht sie noch einen Schritt weiter, indem sie Dokumente und Vorgänge hier lebhaft glossiert. Kritische Besprechungen, eine Bibliographie zur auswärtigen Politik und Zeittafeln vervollständigen das wissenschaftliche Rüstzeug.

Dr. Walther Rothschild / Verlag  
Berlin-Grunewald

### Zwei wertvolle literarische Neuerscheinungen für das Deutschstum in Europa

## Die Deutschen unter der polnischen Herrschaft

Von POLONICUS

80 Seiten • Kartonierte 2,50 Rm.

In dieser mit außerordentlicher Beharrung des gesamten Sachbuchmaterials unterbauten Schrift herrscht der Geist der Sachlichkeit und Friedfertigkeit, der zwar daran nicht vorübergehen kann, daß die Grenzziehung zwischen Polen und Deutschland ungerecht, unhalbar, ja unerträglich ist, der jedoch betont, daß beide Reiche als Nachbarstaaten auch gemeinschaftliches Interesse, insbesondere auf wirtschaftlichem Gebiet, haben. Wenn Polen, so heißt es in der Einleitung würdig, von seinem schrankenlosen Chauvinismus abgebracht wird, so ist ein großer Schritt auf dem Wege der Entspannung der deutsch-polnischen Beziehungen, der inneren Konsolidierung Polens und der weiteren Befriedung Europas getan. Wir haben wenig objektive Bücher über den deutsch-polnischen Konflikt. Dieses Werk sollte nicht nur in Deutschland, sondern auch in Polen selbst eifrig Leser finden.

## Von deutschen Parteien und Parteiführern im Ausland

Von Dr. FRITZ WERTHEIMER

251 Seiten • Halbleinen 6,60 Rm.

... Das Buch gehört daher in den eisernen Bestand der Bibliothek jedes Politikers und Parlamentariers und ebenso eines jeden Vereins, der die Erhaltung und Förderung des Auslandendeutschstums auf seine Fahne geschrieben hat. „Schwäbischer Merkur.“

... Ein neues Buch und Band für deutsche Einheit und gegenseitiges Verstehen in aller Welt. „Sudetendeutschland.“

... Die fleißige Arbeit Dr. Wertheimers wird bei allen diesen Bedachtung finden, die in der wichtigsten politischen Frage der europäischen Gegenwart: der Minderheitsfrage, auf dem laufenden sein wollen. „Freie Presse, Lötz.“

... So wird das Buch zu einem unentbehrlichen Nachschlagebuch für alle, die sich um das Deutschstum in der Welt kümmern. „Eiserne Blätter.“

Durch jede Buchhandlung zu beziehen

Zentral-Verlag G.m.b.H. / Berlin W 35  
Potsdamer Straße 41